

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 793.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Unser geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir höflichst, das Abonnement pro 2. Quartal 1886 auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratisbeilage

„Illustriertes Sonntagsblatt“

baldigst, jedenfalls so rechtzeitig aufzugeben, daß ihnen eine Nachzahlung von 10 Pf. Strafbestellgeld erspart bleibt. Außerdem wird durch eine verspätete Bestellung die regelmäßige Befugung der Zeitung unterbrochen.

Der Abonnementspreis für das „Berliner Volksblatt“ beträgt nach wie vor

4 Mark pro 2 Quartal 1886

bei allen Reichspostanstalten.

Die Expedition des „Berliner Volksblatt“
Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Offiziöses Gaukelspiel.

Unter den mancherlei interessanten Dingen, auf welche unsere Offiziösen in der letzten Zeit ihre Aufmerksamkeit haben richten müssen, ist der neuliche Wahlsieg der Sozialdemokraten in Sachsen besonders zu beachten.

Das Kanzlerblatt hat sich erst spät von seiner Verblüffung über diese kleine Ueberraschung erholt. Es wollte zuerst gute Miene zum bösen Spiel machen und begnügte sich mit der einfachen Mittheilung des Resultats. Als aber manche oppositionelle Blätter mit besonderem Nachdruck betonten, der gewählte Sozialdemokrat sei der erste von dem vom Fürsten Reichskanzler selbst gewünschten dritten Duzend der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage, da wurde das offiziöse Blatt unruhig, wandte sich hin und her, machte einige bissige Bemerkungen, kam aber zu keiner bestimmten Entscheidung.

Nachdem aber die „Volkszeitung“ in Berlin das Wahlergebnis als einen Sieg der allgemeinen liberalen Sache über die Reaktion begriff hat und als nun gar das „Berliner Volksblatt“ sich besonders darüber freute, daß der Sieg über einen konservativen errungen worden sei und es für erstrebenswert erklärte, daß auch die elf weiteren vom Reichskanzler gewünschten sozialdemokratischen Wahlsieger über konservative gewonnen würden, da wurde es dem Blatte doch zu eng in seiner Haut und wüthend fuhr es los.

Suerst befreit es die symptomatische Bedeutung des sozialdemokratischen Wahlsieges. Das Blatt

sucht sich zu trösten damit, daß bei einer Einzelwahl die sozialdemokratische Partei ihre Kräfte konzentrierte, was dann zu einer Ueberraschung geführt habe.

Grade als ob die vereinigten „Ordnungsparteien“ nicht gleichfalls ihre Kräfte konzentriert und alle Macht aufgebieten hätten? Selten hat der Kandidat irgend einer Partei in einem Wahlkreis seine Pferde und die eigene Lunge so angestrengt, wie der Kandidat der vereinigten Ordnungsparteien, der Fabrikbesitzer Herr Schierlich.

Nach einigen allgemeinen Ergüssen seines Kergers wendete sich dann das Kanzlerblatt mit grümmender Wuth gegen die „Volkszeitung“, welche von den vorläufigen gemeinsamen politischen Zielen der wahrhaft Liberalen und der Sozialdemokraten gesprochen hatte:

„Die Hauptsache für beide Parteien bleibe, daß die regierungsfreundliche Stimmenzahl immer mehr und mehr zur Minorität herabgedrückt werde. Der sozialdemokratische Sieg sei also ein liberaler Gewinn. Wenn wir diese Neußerungen interessant finden, so gewiß nicht deshalb, weil ein Organ des demokratisirenden Bürgerthums den Rath oder die Naivität besitzt, angesichts neuester Vorkommnisse in anderen Ländern, die Sozialdemokratie harmlos als bloße Zukunftsmusik zu behandeln, um welche man sich vorläufig so wenig zu kümmern habe, daß es gar nicht darauf ankomme, ob man selber zur Exekution dieser Musik vorbereitende Hilfe leistet; das Erschreckende in den Auslassungen des bez. Organs liegt aber darin, daß es dieselben nicht wagen würde, ohne die Ueberzeugung zu haben, für dieselben in weiten Kreisen bereite Aufnahme zu finden. — Und leider kann man ihr die Berechtigung zu dieser Ueberzeugung nicht bestreiten. Wenn die „Volks-Ztg.“ den sozialdemokratischen Sieg feiert, weil dadurch die Opposition gestärkt werde, so weiß sie, daß ein großer Theil der Bevölkerung die Opposition lediglich als Sport betrachtet und in ihr die Befriedigung politischen Selbstbewußtseins gewinnt, ohne danach zu fragen, in welchem Umfange und unter welchem Vorwande die öffentlichen Interessen geschädigt werden. Und was das schlimmste dabei ist: es sind nicht bloß Parteisanatiker, welche auf den Leim der Opposition gehen; das Gros der oppositionellen Wählerschaft, welche sich für die Fahne Richter oder Windthorst anwerben läßt, rekrutirt sich aus Leuten, welche gar nicht aus irgend welchem Grunde Gegner der Regierung sind. Sie haben ihren Spaß an der Opposition, weil sie ihn für ungefährlich halten, und sie halten ihn für ungefährlich, weil sie fest davon überzeugt sind, daß die Regierung stets die Einsicht und die Kraft haben werde, um die schlimmsten Folgen einer Opposition abzuwenden, welche auf Lähmung der Staats- und Regierungsgewalt

abzielt. Dieser leider nur allzu große Bruchtheil der Bevölkerung, welcher aus der bis jetzt gesicherten Wehligkeit seines Daseins die Zuversicht gewonnen hat, daß es immer so bleiben müsse, und sich deshalb bei dem Kampf der Regierung mit Parteien, welche in der Feindschaft gegen die Kräftigung des Reichs ihren Vereinigungspunkt finden, vergnügt die Hände reibt, wird freilich dadurch, daß jetzt das dritte Duzend „angeschnitten“ sei, sich noch kaum ernüchtern lassen. — Es wird noch stärkerer und einbringlicherer Wühigungen bedürfen, bevor jener Theil der Bevölkerung aus seinem Schlafwandel aufgeschreckt wird, und wir fürchten, daß diese nicht ausbleiben, vielmehr den bleichen Schreien auf die feisten Gesichter Derer werfen werden, welche jetzt zu dem guten Witz der „Volks-Zig.“ lächeln, die da sagt, man brauche sich jetzt um den Zukunftsstaat der Sozialdemokratie so wenig zu kümmern, wie darum, ob die spanischen Lustschlösser nach gothischem oder anderem Stil erbaut werden.“

So die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, der wir nur aufrichtigen Dank für die letzten trefflichen Worte sagen können. Sie kann doch in der That gar nichts anderes mit den „stärkeren und einbringlicheren Wühigungen“ meinen, als die elf weiteren Wahlsieger der Sozialdemokraten, welche ihr Patron, der Fürst Reichskanzler, gewünscht hat. Das Kanzlerblatt darf doch unter keinen Umständen den Kanzler desavouiren — das könnte Herrn Bindter wohl schlecht bekommen.

Das Kanzlerblatt will doch am Ende mit seinen dunklen Andeutungen nicht den bekannten blutigrothen Lappen schwingen, um die Philister, wie der Berliner sagt, „fräulich“ zu machen? Wir halten in der That nicht viel von dem liberalen und fortschrittlichen Philister, den Bamberger jüngst so treffend in der „Nation“ gezeichnet hat. Aber Alles nimmt sein Ende und selbst das rothe Gespenst verfliehet schließlich auch in Dunst und Nebel.

Die reaktionären Blätter haben nämlich seit dem Jahre 1848, also seit fast vierzig Jahren, den alten Kohl so oft aufgewärmt, daß selbst der hasenherzigste Philister ihn satt bekommen hat.

Das Aufstehen desselben lohnt sich also nicht mehr der Mühe.

Und sollte die „Nordd. Allg. Ztg.“, die ja auf die „Arbeiterunruhen“ im Auslande anspielt, am Ende glauben, die deutschen Arbeiter ließen sich zu Putzchen aufbehen, so irrt das Blatt gewaltig — mögen diese Aufstehereien kommen, von welcher Seite sie wollen.

Die deutschen Arbeiter sind viel zu zielbewußt und haben bereits viel zu viel politische Schulung genossen,

geben seines Wittwenstandes zu bewegen. Es konnte deshalb nicht verwundern, daß das hinterlassene Liebespaßand seiner seligen Gattin, ein Sohn allein der Obhut der alten Wirthschafterin, Ramsell Grundmann, und der Amme anheimfiel. Einerseits war Hennings wohl stolz und befriedigt, einen Erben zu besitzen, wußte er doch nun, in welche Hände sein irdisches Gut kam, aber er empfand auch keine übermäßige Liebe für den kleinen Edmund. Was sollte der trotz fünfundvierzig Jahren höchst lebenslustige Wittwer mit einem neugeborenen Sprossen beginnen, da er doch nicht wieder heirathen wollte? Er konnte ferner das Kindergeschrei nicht vertragen und war froh, wenn er durch den Anblick des Knaben nicht an den Ernst seiner Vaterpflichten gemahnt wurde und — daß er doch eigentlich kein Junggefell mehr sei. Seinen Obliegenheiten gegen Edmund glaubte er überflüssig zu genügen, wenn er ihm eine Wärterin und die nöthigen Lehrer hielt, kurz, eine Erziehung geben ließ, wie sie für den Sohn eines reichen Mannes schicklich war.

Sein Nachbar und Riethmann, Justus Schällein, der Trödler, dagegen hatte mit ihm keine Spur von Nehmlichkeit. Justus war klein, sein Körper, wenn auch nicht schwach, hatte etwas Lässiges, Hinfälliges. Er war etwas älter als Hennings, und sein hoher Schädel, über den sich von hinten nach vorn einige Streifen grauer Haare legten, seine buschigen Augenbrauen auf der faltenreichen, stets bewölkten Stirn, und die schmalen Lippen, unter der gebogenen Nase stets scharf zusammengekniffen, ließen Jedermann glauben, daß er hier einen Spitzbuben vor sich habe. Um den harten, sehnichten Hals ein braunröthliches, baumwollenes Tuch geschlungen, den Körper in einem defekten Schlafrock von grauem Zeug gefüllt, welcher mit schwarz und weißem Schaffell gefüttert war, das etwas schwächliche Gebein in ein Paar faltenreiche Unausprechliche gesteckt, deren Farbe nicht mehr festzustellen war, so sah man ihn Jahr aus Jahr ein auf Filzschuhen umherschlurzen und die schwarze Manchesterlapp auf dem einen Ohr, die große Hornbrille auf der Nasenspitze balanziren. Er war das Gegentheil aller Noblesse und Lebenswürdigkeit. Nicht genug, daß er von den Formen des äußeren Lebens nichts

zu wissen schien, ungesellig und mißtrauisch war, er besaß auch die unangenehme Eigenschaft, herzlich grob, von unbewußtstem Sarkasmus zu sein und gegen Jedermann, besonders den Postamentirer, eine nichtswürdig lächelnde Verachtung an den Tag zu legen.

Viele sagten ihm nach, er sei ein Bucherer, der Geld zu unmäßigen Zinsen gegen weithohe Pfänder und auf knappe Frist ausleihe, er drücke und maltrairte die Armen, welche gezwungen wären, ihre geringen Habseligkeiten an ihn zu veräußern. Andere redeten wieder ganz entgegengekehrt, schilderten ihn als einen wohl finstern, spöttischen aber durchaus redlichen Mann, den das Leben hart mitgenommen. So viel war indeß gewiß, daß der Menge Gunst wie Ungunst Herr Justus schrecklich gleichgültig war und auf sein Geschäft keinen Einfluß äbte. Seine Erfahrung auf den verschiedensten Gebieten des Lebens, besonders dem des menschlichen Herzens, wie seine allgemeine Bildung war nicht gewöhnlicher Natur, und sein Geschäftsverkehr mit Leuten der verschiedensten Stände schien wieder zu beweisen, daß er mit aller Welt wohl fertig zu werden verstand.

Justus hatte eine Frau, eine häßliche, vergrämte Erscheinung mit großen, überaus frommblickenden Augen und einem Benehmen, das augenscheinlich auf mehr Erziehung und besseres Verkommen schließen ließ, als man bei ihrem Stande vermuthen sollte. Ihre Ehe war keine besonders glückliche. Zwei Söhne starben den Schälleins kurz nacheinander, und als nach längerer Pause eine Tochter geboren ward, schien dieselbe so klein und schwächlich, daß an ihrer Lebensfähigkeit mit Recht gezweifelt werden konnte. Wie gesagt, es war eine häßliche, unheimliche Familie, die des Trödlers, von Lebermann, selbst der Nachbarschaft, gemieden, etwa den alten Handelsjuden Bleichmann ausgenommen.

Anno 1830 hebt unsere Geschichte an. Es war ein trauriges Jahr für die Rhodens, ja das ganze Land. Die asiatische Cholera, eine bis dahin unbekannt Krankheit, war auf den Kontinent gekommen und wüthete in Norddeutschland, besonders zu B so toll wie die Pest vordem in London. Witten auf der Straße wurden kern-

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. G. Brachvogel.

(Fortsetzung)

Hennings war groß, etwas korpulent und von sehr aristokratischer Manier, wenn er nur nicht seine bewickelten Schreibarmel anhatte. Lebhaft im Verkehr, immer lächelnd, einem soliden Luxus nicht abgeneigt, und von dem Besonderen seines Reichthums und Ansehens getragen, hielt er stets streng auf „Farbe“, wie er sagte, vor Allem liebte er bei seinen Leuten ehrfurchtsvollen Respekt. In seinem Geschäft längere Zeit mit Glück servirt zu haben, war in der kaufmännischen Welt ein offener Empfehlungsbrief, eine Ruhmespalme, nach welcher jeder Ritter von der Dürte eifrig strebte. — Besonders würdevoll sah Herr Josua aus, wenn er in weißer Kravatte, an der die goldene Busen-aus, nadel mit Brillanten funkelte, und dem zimmetbraunen Rock, auf dessen Paitten die blüthenweiße Busenkräuse spielte, des Sonntags in die Kirche, oder Abends in Gesellschaft ging und das Bambusrohr mit goldenem Knopfe zierlich wie einen Marschallstab zwischen den waschlebernen Fingern drehte. Ob es für sein Hauswesen ein Glück genannt werden konnte, daß Hennings nach nur zweijähriger Ehe Wittwer geworden, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls schien er den Verlust seiner Gattin leicht zu verschmerzen und sich für das mangelnde Eheglück durch Genüsse der Kafel, die Gemeinschaft seiner Freunde und öffentliche Vergügungen schadlos zu halten. Daß er wenig Neigung verspürte, nochmals in's Ehejoch zu kriechen, gab er oft genug durch die Aeußerung zu erkennen: „Ein Junggefell sei doch das beneidenswerteste Geschöpf von der Welt.“ In jedem Birkel spielte er den lebenswürdigen Maitre de plaisir, welcher trotz seines reiferen Alters den Damen flott die Cour zu schneiden wußte, was sich denn auch die meisten Mädchen um so mannbarren lieber gefallen ließen, als jede ihren Reizen genug Kraft zurraute, um Herrn Josua zum Auf-

um auf den Beim zu gehen, den die Reaktion so gerne legen möchte.

Die „stärkeren und eindringlicheren Wägungen“ werden also ausbleiben, wenn das Kanzlerblatt etwas Anderes darunter verstehen sollte, als sozialdemokratische Wahlsiege.

In einer weiteren Nummer wirft die „Nordb. Allg. Ztg.“ den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten vor, daß sie die Reichstagstribüne lediglich zu Agitationszwecken brauchen.

Obwohl diese Ansicht nicht ganz zutrifft, so wollen wir einmal den Fall setzen, es hätte mit demselben seine völlige Wichtigkeit. Was dann?

Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ist immer noch so gering, daß an eine fruchtbringende gesetzgeberische Thätigkeit nicht zu denken ist. Deshalb agitieren sie ja, wie Jedermann sieht, und wie auch ganz natürlich ist, innerlich und außerhalb des Reichstags mit aller Kraft und Energie, um ihre Anzahl zu vermehren.

Gelingt dies in progressivem Maße, dann ist die Zeit ja nicht mehr fern, daß die Sozialdemokratie im Reichstage eine unmittelbare praktische gesetzgeberische Thätigkeit verrichten kann — was also doch auch nach Auffassung der „Nordb. Allg. Ztg.“ als lobenswerthes Thun bezeichnet werden muß.

Was die „Nordb. Allg. Ztg.“ ihnen vorwirft, ist also nichts weiter als ein erster Schritt zu Dem, was sie von ihnen verlangt.

Also nochmals! Die Sozialdemokratie wird sich befeigen, den Wunsch des Kanzlerblattes zu erfüllen, sich an der praktischen gesetzgeberischen Thätigkeit lebhaft zu beteiligen, wenn es ihr gelingt, was ja kaum zu bezweifeln ist, noch einige Duzend Abgeordnete in den Reichstag zu bringen.

Oder sollte dieser Wunsch der „Nordb. Allg. Ztg.“ auch zu dem officiösen Gaukelspiel gehören?!

Politische Uebersicht.

Gegen den Antrag der Sozialisten auf Erweiterung des Wahlrechtes polemisiert in längerer Ausführung die „Nordb. Allg. Ztg.“ Dieselbe bestreitet nicht, daß „es Leute giebt, die bereits mit 21 Jahren reif wären“, sie bestreitet aber, daß dies im allgemeinen irgendwie zutrefte. Darüber mag man, je nach den Kreisen, in denen man zu verkehren gewohnt ist, ja verschiedene Meinungen sein. Der schon von frühesten Jugend an auf sich selbst angewiesene, in der Welt umhergeworfene, in der Schule der Noth erzogene Arbeiter besitzt nach unseren Wahrnehmungen all das gesunde Urtheil und die Selbstständigkeit des Denkens, welche gerade wir bei jedem Reichstagswähler wünschen; wieweil sie in anderen Schichten vorhanden sind, wollen wir nicht beurtheilen, aber gerade die „Nordb. Allg. Ztg.“ wird sich gegen diese Kreise keine abfällige Beurtheilung erlauben. Die Schweiz gewährt ihren Bürgern, wie man nicht vergessen sollte, bereits vom 21. Jahre an das Wahlrecht und gerade die Schweiz ist mehr verschont geblieben von solchen inneren Krisen, wie wir sie in Deutschland recht häufig durchzulassen haben, trotz der „stabilen“ Regierung und trotz der größeren Reife der Wähler. Wir halten es für unsere Pflicht, darauf hinzuwirken, daß gerade die jüngere Generation mit ihren fortgeschrittenen Anschauungen und ihren nach weiterem Fortschritt verlangenden Bestrebungen möglichst stark vertreten sei gegenüber der alten Generation mit ihrer vielfach überlebten Ideenwelt und ihren reaktionären und ängstlich konserватiven Tendenzen, keine Gefahr, sondern lediglich einen Vortheil für unsere ganze Entwicklung erblicken wir daher — entgegen der „Nordb. Allg. Ztg.“ in der ausgedehnten Theilnahme unseres Nachwuchses an den öffentlichen Angelegenheiten. — Was die „Nordb. Allg. Ztg.“ aber bei diesem Anlaß über die Heuchelei des Liberalismus bemerkt, ist leider nur zu richtig. Als der Liberalismus noch im Kampfe stand gegen die vererbte, ihm feindlich gesinnte Regierungsgewalt, da war er für das Recht und die Freiheit des Volkes. Heute tritt er nur soweit dafür ein, als er dabei noch einen Profit erzielen kann, aber weiter nicht, und wo die Macht des Volkes seinem Eigennutz entgegengetreten könnte, da ist er mit jedem Wahl-System zufrieden,

gesunde Menschen überfallen, sanken nach den heftigsten Krämpfen todt zusammen und wurden blaueschwarz. Die Aerzte, denen die neue Epidemie noch ganz fremd waren, waren ratlos, und Tag und Nacht raffelten die Leichenlarren. Der bürgerliche Verkehr stand fast still, die Behörden, scheu gemacht, schlossen diejenigen Häuser, in welchen sich Kranke befanden, und malten zur Warnung ein Kreuz an die Thüre mit der Aufschrift: „Cholera morbus“. Man dachte so die Krankheit durch Absperrung zu ersüden; doch umsonst, das Uebel wollte kein Ende nehmen. — Im „kalten Stein“ hingegen schien man sich nicht besonders um das allgemeine Loos zu bekümmern und in seiner Seelenruhe das beste Schutzmittel gegen die Epidemie zu besitzen. Der Posamentier Pinkert, welcher gehört hatte: „Spituosa seien gut gegen das Uebel“, versetzte nicht, immerwährend einen Krat de Soa bei sich zu führen, so daß er in jener Zeit stets in einer gelinden Veihargie war. Schäßlein blieb, ohne bergleichen Kratmittel, so gleichgiltig, finster und ironisch wie immer, Herr Gotthold Pennings aber war viel zu beschäftigt, zu lebenslustig und vornehm, um, so lange sein Haus kein Unglück traf, mehr als eine gelinde menschenfreundliche Theilnahme, ein allgemeines Bedauern zu äußern. Genug, wenn täglich sein Hausarzt, der Physikus Nagel, vorfuhr, um bei Auster und Malaga mit ihm über die Lage der Dinge zu plaudern.

Es war am Morgen des 3. November, als Schäßlein's Frau, Christine, die Liber des Kellers aufschleppte, während ihr Mann im hinteren Theil des Gelasses, welcher zum Wohnraum diente, und dessen Fenster auf den Hof ging, Kaffee auf einer alten Stürgmaschine kochte, die kleine sechsjährige Mathilde, welche in ihrem Bettchen schlummerte, beobachtete und dann seinen Blick ab und zu einem alten, wie es schien, werthvollen Buche zuwendete, in dem er angelegentlich blätterte.

Der Kaffee war bereits fertig und die alte Bunszlauer Ranne gefüllt. Das Kind begann auch unruhig zu werden und erwachte endlich. Die Kröblerin erschien nicht. Schon wollte Justus ärgerlich werden, als Christine rasch die Kellertreppe herabstieg.

„Justus, Justus!“ rief sie. „Denk Dir nur, Pennings

daß er sonst nicht scharf genug verurtheilen konnte. In Belgien protestirt er gegen das allgemeine Wahlrecht und für ein „Intelligenzwahlrecht“, weil er ultramontane Wahlen fürchtet, und in Deutschland werden sich Leute finden, die sich liberal nennen und trotzdem für eine Hinausschiebung der Wahlberechtigung bis auf 30 und noch mehr Jahre — ganz wie die Regierung beschließt — eintreten werden, weil sie sozialistische Wahlen fürchten. Grundzüge hat der Liberalismus nicht mehr, nur noch die Furcht, seine Herrschaft vorzeitig enden zu sehen; Recht und Freiheit des Volkes, des ganzen und gerade des gedrückten Volkes, finden heute nur an den Vertretern der Arbeiterpartei ihre selbstlosen Verteidiger — das wird sich gerade bei Verhandlung des Antrages, den die Sozialdemokraten bezüglich Abänderung des Reichswahlgesetzes gestellt haben, von neuem zeigen.

Schlag auf Schlag. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Samb. Bürgerzeitung“ nachstehendes: Am 11. März 1886 verurtheilte das Landgericht Raumburg den Reichstagsabgeordneten Heine zur Herauszahlung der angeblich von ihm empfangenen Diäten an den Fiskus, und gab durch seinen Entschluß dem Bestreben des Fürsten Bismarck, den Reichstag und die Volkvertretung mehr und mehr herabzudrücken, die richterliche Sanktion. Am 12. März 1886 warf die zur Prüfung des Schnapsmonopols vom Reichstage erwählte Kommission das „Lieblingsprojekt“, das letzte Ideal des Fürsten Bismarck sans façon in den Papierkorb, machte den Monopolträumen ein jähes Ende, und versetzte der „Schnapspolitik“ einen tödtlichen Streich. Das war Schlag für Schlag. Und der Schlag, den der Reichstag geführt, war der stärkere Schlag. Daß die Reichstagskommission, als sie so scharf gegen die Regierung vorging, an das Raumburger Erkenntnis und den berechtigten Kaltwasserstrahl des sog. Kanzlerblattes dachte, kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Den Replikanten ist das Freudengefühl über den Raumburger Sieg ihres Brotherrn in der geschämten Gurgel stecken geblieben; der Reulenschied des Kommissionsbeschlusses hat den Jubel in bitteres Leid umgewandelt. Dem Reichstage aber rufen wir heute wieder zu, was wir ihm vor acht Wochen, nach dem Beschluß in der Bolentrage juristen: nur fest! nur immer muthig weiter auf dem Wege der Selbstbehauptung! Wer in Brenneiseln zu greifen hat, muß fest zugreifen; je fester er greift, desto weniger brennen die Nesseln. Der Erfolg des 15. und 16. Januar, wo der deutsche Reichstag sich von dem Banne des politischen Bonaventurums befreite, hat dies auf's Glänzendste bewahrheitet. Der Reichstag ist nicht von dem Allmächtigen pulverisirt, nicht von der Lage des ergrimmten Löwen gekidtet worden, wie von den Angstschweinen prophezeit war. Der Allmächtige hatte keine Allmacht, und die Tage des Löwen blies ruhig und launisch, weil sie anderenfalls wohl selber hätte Noth leiden können. Durch seine muthige Haltung gewann der Reichstag an Würde und Ansehen — und an Macht, so daß der Reichskanzler sich nicht stark genug fühlte, ihm den Handschuh hinauszulassen. Wie wir seiner Zeit sagten: vom Standpunkte des Reichskanzlers gab es nur zwei Antworten auf das Botum des 16. Januar: Entweder Auflösung oder Staatsstreich. In dem der Reichskanzler sich weder zum einen noch zu dem anderen entschließen konnte und statt dessen im preukaischen Landtage einen partikularistischen Kleinkrieg par distanco eröffnete, verrieth er die Schwäche seiner Position und gab sich in seinem ersten ernsthaften Zusammenstoß mit dem Reichstage für geslagen. An dieser Thatsache läßt sich nichts ändern. Keine Sophisterei vermag etwas davon wegzudeuteln. Die Lehre ist gut. Sie zeigt der deutschen Volkvertretung den Weg zum Sieg: je kräftiger der Reichstag vorgeht, desto sicherer ist sein Erfolg. Durch das Botum des 16. Januar hat der deutsche Reichstag sich mündig gemacht, und ist in den Augen des Volkes zu einer wirklichen Volkvertretung geworden. Der Kommissionsbeschuß des 12. März war eine gute Fortsetzung des Botums vom 16. Januar. Das Plenum des Reichstages wird im Einklang mit dem Kommissionsbeschuß handeln. Die Regierungsovertreter werden zürnen und drohen, die Replikanten werden zischen und Gift speien — der Reichstag braucht nur des klugen Sprichworts eingedenk zu sein: Bange machen gilt nicht! und auf jeden Schlag von rechts einen stärkeren Schlag von links folgen lassen und Alles wird glatt und gut gehen. Je kräftiger der Reichstag handelt, desto mächtiger ist er, desto sicherer ist die Nation vor dem Verfall, desto werthen Krisen in ihrer nächsten Zukunft.

Ueber die Diätenprozesse urtheilt das „Berl. Tagebl.“ in folgender Weise: Davon wird die öffentliche Meinung sich niemals überzeugen lassen, daß die Annahme von Parteidiäten der „Ehrbarkeit“ zuwiderlaufe, und mag also das Erkenntnis des Raumburger Obergerichtes in Sachen Fiskus contra Heine juristisch noch so gut begründet sein, ja, mag es an Rechtsfindung formell Eminentes leisten, es wird keinen zu überzeugen vermögen, daß der vom Fiskus verklagte Abgeordnete schuldig sei, die ihm zu Theil gewordenen Zuwendungen

hat den Pinkerts auf Neujahr gekündigt! Gott sei Dank, endlich hört der Aerger und Skandal einmal auf!

„Dem Pinkert!“ schrie der Kröbler auf, „dem rothköpfigen Ellenreiter? Kreuzkalerlot! — Wenn's nur wahr ist!“

„Johann, der Markthelfer, der eben vorbei ging, hat's gesagt. Hat ihm ja selber die Kündigung gebracht! — Horch! Hörst Du, wie sie oben Skandal machen? Die Pinkert rast und tobt?“

„Gibie! — Laß hören, Frau!“ — Damit rannte er in den Vorderkeller, wo man sehr deutlich den posamentierischen Jorkausbruch vernehmen konnte. — „Daha, das freut mich! — Keinem Menschen hät' ich den Aerger so gegönnt, wie diesem schfügen, didmäuligen Schurken mit den Bregelbeinen! Heh, nun schmeißt er was entzwei! — Soll ich fragen, ob ich ihm helfen kann?“

Wahrscheinlich hätte der Kröbler sein freundschaftliches Anerbieten gleich in Person oben angebracht, hätte ihn Christine nicht zurückgehalten. „Ich bitte Dich, Mann, laß es um's Himmels willen! Soll's neues Halloh und Aergerniß geben? — Ich dünkte, wir hätten an dem Lärm von vorgestern genug, wo Du Pinkert ganz rasend gemacht hast! Wir brauchen uns gar nicht so arg zu freuen, und wenn der Posamentier geschickt wäre, würde er sich nicht so um die Kündigung ereifern. Er hat Geld und wird irgend in der Nähe schon einen andern Laden finden, so daß sich die Kundschaft nicht verläuft.“

„Andern Laden in dieser Gegend? Unsinn! — Ach ja, es wird ihm auch gerade Jemand den Gefallen thun und wegen ihm ausziehen! Hier, wo der größte Verkehr in der Stadt ist, wär' Einer ein Fiel, der sein Gewölbe im Stiche ließe, damit Gevatter Krummbein rein kann. Nein, nein! Pinkert ist aus der Gegend weg, ganz weg! Dahaha!“ und Schäßlein überließ sich dem vollen Rißel seiner schadenfrohen Laune.

Christine ließ ihren Mann einen Augenblick gewähren, dann richtete sie einen schmerzlich vorwurfsvollen Blick auf ihn. „Pinkert hat Geld, Justus! Wir nicht, und —“ sie stochte.

Schäßlein fuhr grollend auf. „Schwere Noth, ich —!

herauszugeben. In dem Raumburger Falle bewahrheitet sich der alte Satz: summum jus — summa injuria. (Das sonnenklare Recht kann unter Umständen zum größten Unrecht werden.) — Die Appellinstanz hat zu Vielem bewiesen, und deshalb halten ihre Schlussfolgerungen die Kritik des gelehrten Menschenverstandes nicht aus, der sich fest überzeugt hält, anders Gerichtshöfe werden arderb entscheiden, und die letzte Instanz werde die öffentliche Meinung mit der Rechtsprechung ausöhnen. Ein einziges Moment bleibt ausschlaggebend, und dies ein Moment hat in Raumburg am wenigsten Berücksichtigung gefunden. Der Fiskus kann eben nur, wie das Landrecht sich ausdrückt, Gelder „an sich reißen“, wenn das Geschäft, aus welchem die Summe resultirt, der „Ehrbarkeit“ widersteht, und dieser wichtigste Punkt des ganzen Streifalles hat in dem Erkenntnis so gut wie gar keine Erwähnung und Begründung erfahren. Der Mangel an „Ehrbarkeit“ ergibt sich dem Appellrichter ohne Weiteres daraus, daß die Reichsoberverfassung gegen Diätenzahlungen schlechweg ein Verbot einlegt. Wenn hier nur von Parteidiäten die Rede sein kann, weil, wie alleseitig angegeben wird, solche ausschließlich gezahlt worden sind, so geht hieraus hervor, daß es sich in dem Prozeß Heine um etwas Anderes handelt, als wovon in der Verfassung gesprochen wird, die klar und bestimmt erklärt, es solle der Abgeordnete für den deutschen Reichstag Diäten nicht beziehen, also Tagesgelder aus der Reichskasse nicht erhalten. Was nebenher stattfindet, ist eine Sache für sich und hat mit der Verfassung nichts zu thun.

Drei Briefe für Herrn Stöder, welche der frühere Abgeordnete Professor Baumgarten zu Rostock geschrieben hat, halten wir für eine unverkürzte Wiedergabe interessant genug:

Der Redakteur Bommert in Siegen hatte öffentlich den Hofprediger Stöder der Unwahrhaftigkeit beschuldigt. Darauf hat dieser Hofprediger ihn verklagt. Jüngst hat nun das Gericht über diese Sache verhandelt und der Urtheilsspruch lautet auf Freisprechung des Angeklagten. Es ist damit aufs Neue konstatiert, daß es Jedem frei steht, diesen Hofprediger öffentlich auf Unwahrheit anzuzeigen. Trotzdem hat nichts davon verlautet, daß dieser Hofprediger um Entbindung von seinem hohen Predigtamt eingekommen sei. Und trotz alledem wog es immer noch kein Berliner Prediger, diesen kirchenschändenden Unfug des Hofpredigers öffentlich zu rügen. Wenn die öffentliche und mehrfach konstatierte Unwahrheit es wagen darf, die Hauptkatheder in der protestantischen Metropole zu bestiegen, was will man dann für geistlichen Segen erwarten von den Vorträgen und Andachten in den christlichen Theatenden? Rostock, 19. Februar 1886. Baumgarten.

Der Hofprediger Stöder muß entweder die öffentlichen Aergernisse, mit denen er die Kirche Christi beleidigt hat, und welche ich in dem „Prot. Sonntagsblatt“ Nr. 2, S. 27—31, Nr. 6, S. 89—95; Nr. 8, S. 128; Nr. 9, S. 143; Nr. 10, S. 160 öffentlich gerügt habe, mit aufrichtiger Reue und öffentlichem Widerruf sühnen, oder er muß mich verklagen und mich mit ins Gericht geben. Tertium non datur. (Ein Drittes ist nicht gegeben.) Rostock, 1. März 1886. R. Baumgarten.

Der Hofprediger Stöder hat zweimal, 1881 und 1885, mich öffentlich schwer beleidigt. Mein Freund, der Prediger Biegler in Pignitz, hat in der „Prot. A.-Ztg.“ Nr. 32, September 1885, an genannten Hofprediger wegen dieser Beleidigung eine christliche Ansprache gerichtet und dieselbe ihm persönlich überhandt. Als darauf keine Antwort erfolgte, habe ich in der Beilage zur „Vossischen Ztg.“ vom 12. November 1885 im Interesse der öffentlichen Moral von Stöder einen ungesühnten Widerruf seiner Worte: „Als Baumgarten in Rostock war, mußte er seine Professur niederlegen“, verlangt. Darauf hat Stöder in einer christlich-sozialen Versammlung am 13. November 1885 erklärt: er begriffe mein Verlangen gar nicht, was er gesagt, sei die Behauptung einer unlesbaren Thatsache. Dieser schändlichen Heuchelei gegenüber habe ich ihn in der „Vossischen Ztg.“ Beilage vom 21. November 1885, auf den Ernst des Gebotes Christi, Matth. 18, verwiesen. Darauf ist Stöder verstummt. Aber keine Spur von Inskärgen, von Selbstbestimmung! Ich habe mich sodann in Anlehnung an Matth. 18 an diejenigen gewandt, welche unter dem heiligen Kreuz im Juli 1885 für Stöder's Christenthum mit ihrem Namen sich verbürgt haben („Protestantisches Sonntagsblatt“ Nr. 6). Den Führern dieser 7000 Eideshelfer habe ich meine christliche Ansprache zeigen lassen, damit sie thäten, wie Christus geboten. Auch diese schienen summt zu bleiben. Wohlan, dann trete ich zurück auf den Standpunkt der natürlichen Moral und erkläre nunmehr die obenbezeichneten Worte Stöder's für die freche Fälschung einer allgemein bekannten mich betreffenden kirchengeschichtlichen Thatsache und den Urheber derselben, so lange er anstatt den schuldigen Widerruf zu leisten, mit feiner wüthen Demagogie fortfährt, für den frechen Fälscher einer allgemein bekannten mich betreffenden kirchengeschichtlichen Thatsache.

Rostock, den 1. März 1886.

R. Baumgarten.

Rein doch, — ich will nicht fluchen, Christel, — aber Du weißt, damit greiffst Du mich an meinem wunden Fied an! Kann ich dafür, daß ich mein ehemalig Gut aus Pergament mische — an einen Betrüger lieh! — O, sei nur davon still, Schatz! — Geld willst Du? — No, wer weiß, was Alles noch mit uns — nicht wird, hoho! — Sollen wir etwa wieder in's Kopfhängen kommen? Wir verdienen unser Brod und kommen schon durch, unser Herrgott hilft endlich auch 'n Bissel mit. — Holla, da will Einer was kaufen!“

Er eilte zum Eingang des Kellers, wo Jemand seinen Namen rief. Es war Johann, Pennings' Markthelfer.

„Eine Empfehlung von Herrn. Da ist ein Brief für Sie, Herr Schäßlein!“

„Brief für mich? — Teufel!“ — Der Kröbler wurde blaß. Dann nahm er den Brief. „Schon gut, laß mich auch empfehlen!“ — Ein Zittern überkam ihn, als er, den Brief in der Hand, zu seiner Frau in die kleine Stube trat, gerade als sie das blasse Kind aus dem Bett gehoben hatte und es beten ließ. Justus stand still, um nicht zu hören, seine Lippen murmelten leise mit: „Unser täglich Brod gib uns heute, und vergieb uns unsere Schuld!“

Seine Brust hob sich krampfhaft. — Während das Kind die Worte des Gebets nachsagte, welches ihm die Mutter vorgesprochen, fiel das Auge derselben auf den Brief. Ihre Worte wurden unsicher und zitternd, kaum, daß die erbleichende Frau ihre Andacht mit Mathilden beenden konnte. Darauf nahm sie die Kleine auf den Schooß, um ihr das Kleidchen überzuziehen. Justus setzte sich an den Tisch, ließ den Kaffee unberührt und öffnete das Schreiben. Ein Blick genügte. — Er ließ den Brief sinken und bedeckte zitternd die Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Im Ostend-Theater gelangt Sonnabend, den 20. d. M., zum Benefiz für Herrn Joseph Jwenger „Raria Stuart“ im einmaligen Aufführung und zwar ausnahmsweise zu fünf

Oesterreich-Ungarn.

Der Handelsminister Baron von Bino hat seine Entlassung eingereicht. Es ist naturgemäß, so bemerkt die „R. Fr. Br.“, daß man diese Demission mit den fürmischen Redaktionen in Zusammenhang bringt, welche über die Vorlage, betreffend die Erwerbung der Prag-Duxer und der Dux-Bodenbacher Bahn, im Abgeordnetenhaus stattgefunden haben. Die Rolle, welche der Minister in dieser Angelegenheit spielte, war eine so unglückliche, seine Verteidigung gegenüber den persönlichen Angriffen eine so wenig befriedigende und die Haltung der Regierung während dieser Debatte eine so charakteristische, daß es in den Kreisen des Parlaments und des Handelsministeriums als eine feststehende Thatsache galt, die Stellung des Freiherrn von Bino sei erschüttert und seine Demission sei nur eine Frage der Zeit. Dessenungeachtet wirkt es überraschend, daß die Demission des Freiherrn von Bino kaum drei Wochen nach der Beendigung dieser Debatte im Abgeordnetenhaus erfolgt, in einem Momente, wo die Frage der Dux-Bodenbacher und Prag-Duxer Bahn im Herrenhaus noch schwebt, wo die Aktion bezüglich der Ausgleichs Verhandlungen, an welchen Freiherr von Bino vermöge seines Ressorts einen wichtigen Antheil nehmen muß, noch nicht zu Ende geführt ist. Die Demission des Freiherrn von Bino im jetzigen Augenblicke wird unsommt in Ersäunen sehen, als dadurch die Majorität des Abgeordnetenhauses, welche sich durch ihr Votum für ihn einsetzte, in eine peinliche Situation gebracht wird. Wir haben bereits erwähnt, daß nach den Vorgängen im Abgeordnetenhaus die Demission des Freiherrn von Bino thatsächlich bereits entschieden war, wenn auch die Ansicht vorwaltete, den Wechsel im Ministerium erst zu einer späteren Zeit vorzunehmen.

Eine sozialistische Demonstration fand am vorigen Sonntag Nachmittag auf dem Schmelzer Friedhof bei Wien statt. Etwa 400 Sozialisten hatten sich zu dem Obelis der Märzgefallenen begeben, wo sie Hochrufe ausbrachten. Die Polizeikommissare schritten ein und forderten zum Auseinandergehen auf. Die Arbeiter leisteten Folge und zogen unter Abkündigung von sozialistischen Liedern in zwei Trupps gegen Breitenlee und Osttrakt ab, wo sie von Gendarmen und Polizisten auseinandergejagt und in die Wirthshäuser begabten. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Polizei hatte zahlreiche Sicherheitswachen in Bereitschaft.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer sprach bei der Verhandlung über die Interpellation wegen der Arbeitseinstellung in Decazeville Laguerre (äußerste Linke) die Hoffnung aus, die Arbeitseinstellung werde mit dem Siege der gerechten Ansprüche der Grubenarbeiter endigen. Er gab zu, daß die Regierung das Bewußtsein durch eine freimüthige republikanische Sprache zu vermeiden gesucht habe, aber er tabelte die zu großartigen militärischen Maßregeln und die ungerechte Verurtheilung mehrerer Grubenarbeiter; die Lage sei gefährlich, die Gruben in Verwahrung geben oder selber die Ausführung der Konzeption übernehmen müsse. Der Kriegsminister Boulanger entwickelte, wie er die Rolle der Armee unter den jetzigen Verhältnissen aufzufasse: Die Armee sei verpflichtet, das Land gegen das Ausland zu verteidigen und im Innern Ruhe und Ordnung zu beschützen. Die Armee sei jetzt ein Volksherr, das nicht mehr im Dienst und Willen eines Einzigen stehe, sondern das Werkzeug des Willens Aller. Dieser Charakter der neuen Armee vereinfache die Stellung der Regierung bedeutend; sie wolle nicht mehr die Wiederholung von schmerzlichen Ereignissen; ein Zusammenstoß zwischen Soldaten und Arbeitern würde ein öffentliches Unglück werden, und die Regierung habe Alles ausgedenkt, um es zu verhüten. Ein Zusammenstoß werde nicht erfolgen, dafür bürgte die Mäßigung, die dem Führer der bewaffneten Macht empfohlen worden, und das Beugnis Camellinat's selbst. (Unterbrechungen.) Camellinat freute sich über die Herzlichkeit, die zwischen den Truppen und Einwohnern von Decazeville bestiehe, und das könne auch gar nicht anders sein, die Arbeiter sei ja das Volk: „Unser Arbeiter, die gestern noch Soldaten waren, können keinen Groll gegen die Soldaten von vorgestern Tage hegen. Die Regierung hat keinen Druck auf die Bergleute ausüben, sondern sie gegen sich selber und selbst gegen ihren Horn und ihre Leidenschaften verteidigen wollen. Es wurde behauptet, es seien so viele Soldaten wie Arbeiter in Decazeville. Das ist Uebertreibung, aber man sollte sich nicht darüber beschweren, denn jeder Soldat theilt jetzt mit dem Arbeiter seine Portion Suppe und Brod.“ (Weifall.)

Nach eingegangenen Nachrichten aus Hanoi sind die zwischen den französischen und chinesischen Kommissaren bezüglich der Feststellung der Grenze entstandenen Schwierigkeiten beigelegt. Die chinesische Regierung hat ihren Agenten Unrecht gegeben und ist der französischen Ansicht beigetreten; die Grenzabstufungsarbeiten sollten gestern wieder aufgenommen werden. Aus Decazeville wird mitgetheilt, daß in einer

Preis. Die Königl. Hofchauspielerin Fel. Alara Meyer und der Königl. Hofchauspieler Herr Eugen Müller haben hierzu ihre liebenswürdige Mitwirkung bereitwillig zugesagt. Ihre „Hamlet“ von Taubstummen aufgeführt. Eine seltsame Theater-Vorstellung, so schreibt man aus London, fand am 3. d. in den Horn Assembly Rooms, in der Kennington Park Road statt. Große Straßen-Kritiken verurtheilten dem Publikum, daß der „South London Deaf and Dumb Dramatic Club“ eine Vorstellung des „Hamlet“ geben werde, und etwa 600 Personen bestehendes Publikum füllte den Saal, um dem entschieden seltsamen Schauspiel zuzusehen. Auf einem Tisch zur Rechten des Proskeniums stand der Sekretär des Klubs und verdolmetschte in der Zungensprache das Fingerspiel der taubstummen Schauspieler. Denn unter den Pupillen der taubstummen Schauspieler waren, befanden sich mehrere mit Gehör begabte, für die das Mienenpiel ohne die Ueberrichtung unverständlich gewesen wäre. Die anwesenden Zuschauer folgten dem Spiel mit der größten Aufmerksamkeit; sie kritisierten die Schauspieler, theilten einander ihre Eindrücke und Ansichten mit, ohne den Gang des Stückes zu verlieren. Auch in den Pausen fand ein reger und doch unüberhörbarer Gedankenaustausch statt. Der Dolmetscher auf dem Tisch gab bis auf die hintersten Bänke Auskunft über Einiges, was unverständlich oder undeutlich geblieben war. Das Stück selbst war bedeutend abgekürzt worden; überhaupt läßt die Schauspieler besser gethan, wenn sie sich an ein weniger schwieriges Stück gemacht hätten, zumal die Inszenierung nothwendig sehr mangelhaft bleiben mußte. Selbstverständlich werden gar Vieles vom Mienenpiel ab. Doch mußten die Spielenden öfters ihre Rede unterbrechen, um durch passende Gesten die Handlung zu betonen; sie schlugen sich auf die Brust, salbten die Hände u. dergleichen Stellen, welche Gedanken enthalten, für die Taubstummen in Folge ihrer körperlichen Gebrechen kein Verständniß haben können, wurden allerdings entsprechend schwach gegeben.

Zwei unglückliche Sängern. Braunschweig, 14. März. Zwei junge Mädchen haben gemeinsam den Tod in den Fluten gefunden. Diese Mädchen haben als Sängern in einer hiesigen Wirthshauskafé an der Wendenstraße fungirt. Am Abend, kurz vor Ausführung ihrer That, haben sie noch die Gäste mit ihren Liedern amüßigt, und es macht einen trübigen Eindruck, wenn die eine der Unglücklichen in einem Briefe, den sie an ihren Geliebten hinterlassen, schreibt, daß all ihr Lachen und Scherzen nur Galgenhumor sei; ihr Leben sei nichts als ein glänzendes Glend, Niemand

Massenversammlung beschlossen worden ist, den Streik mit aller Energie fortzusetzen. Die Bergleute zu Firmig werden sich den Streikenden anschließen.

Großbritannien.

Eine Ministerkrise ist ausgebrochen. Dieselbe kann nach der „Post, Fig.“, vielleicht noch abgewendet werden, wenn Gladstone sich entschließt, seine Pläne gemäßigter zu formulieren; anderenfalls ist der Rücktritt Chamberlains und Trevelyan's unvermeidlich. Wie verlaute, soll Gladstone auch nicht auf die Unterstützung Childers, Harcourt's und Kimberley's zählen können. Der (im Abendblatt angefündigte) Rabinetsrath wurde abgefaßt, um den Zusammenbruch des Rabinets nicht zu beschleunigen. Chamberlain beanstandet den Bodenauflaufplan Gladstone's, weil derselbe den englischen Steuerzahlern ungebührlich aufzulegt, ferner die Herstellung des irischen Parlaments ohne genügende Garantien für die englischen Interessen. Gladstone hofft noch die Bedenken seines furtschlammigen Kollegen zu überwinden; wo nicht, so ist er, wie „Daily News“ andeutet, fest entschlossen, sein Kabinet durch radikale Elemente zu ergänzen, sein Programm dem Parlament zu unterbreiten und mit demselben zu stehen oder zu fallen. Bright, Cowen und Fowler würden die ausscheidenden Minister ersetzen. — Wie es heißt, sollen die Entlassungsgesuche Chamberlain's und Trevelyan's durch eine Mittheilung Gladstone's im letzten Ministerrath veranlaßt sein, nach welcher die Verwaltung der Fonds für die Expropriation der irischen Grundbesitzer dem irischen Parliamente anvertraut werden sollte. Gladstone hat auf die Schreiben Chamberlain's und Trevelyan's, in welchen sie ihre Entlassung nachsuchen, in persönlicher Weise geantwortet und sie ersucht, eine definitive Entscheidung noch einige Tage zu verschieben, da er auf eine Beilegung der Differenzen hoffe.

Der Rothkreuz der Armen dauert noch immer fort. Der Mansion-House-Unterstützungsfonds geht auf die Reihe; bis jetzt sind im Ganzen 69 700 Pfd. Sterling eingegangen; die bis auf 2800 Pfd. Sterling verausgabt sind, ohne daß viel Gutes mit dem Gelde bewirkt worden wäre, da die Erlangung von Unterstützung mit solchen Schwierigkeiten verknüpft war, oft noch von Empfehlungen von Seelichen u. s. w. abhängig gemacht wurde, daß Viele den Muth verloren und nach dem ersten Versuch keinen zweiten mehr machten. Der Lordmayor wird wahrscheinlich in Kurzem einen neuen Aufruf an das Publikum um weitere milde Gaben für die Arbeitslosen erlassen. Wie unzufrieden letztere mit der bisherigen Vertheilung der Armeegelder sind, geht aus der nachstehenden Resolution hervor, welche ein in London abgehaltenes Massenmeeting von beschäftigungslosen Arbeitern faßte: „Dieses Meeting verurtheilt seinen entrüsteten Protest gegen den Mißbrauch, der mit dem dem Lordmayor anvertrauten Fonds für die wirklich beschäftigungslosen Arbeiter der Metropole getrieben wird. Der größte Theil der getheilten 70 000 Pfd. Sterl. ist Leuten zugefallen, welche zu Empfängern des Geldes zu machen die Weiber niemals beabsichtigt, und die chaotische Verwirrung wurde dadurch herbeigeführt, daß Lords und Geistliche die sogenannte Organisation hauptsächlich leiteten. Wir hoffen, daß das Publikum dem zweiten Aufruf nicht Folge leisten, sondern seine Gaben an die Armenkassen der hauptsächlichsten Polizeigerichte abführen werde, damit ehrsüchtige schnelle Unterstüzung erlangen möge.“ Inzwischen gehören Klagen über die Arbeitslosen in London wie in den Provinzen zur Tagesordnung. So wurde eine Massenversammlung von beschäftigten und beschäftigungslosen Arbeitern in London Fields (Gadney) abgehalten, welche den Zweck hatte, zu erwägen, was zur Verringerung des Nothstandes in den erwähnten Distrikten gethan werden könnte. Das Meeting faßte Resolutionen, welche die Lokalbehörden aufforderten, sofort Nothbauten wie z. B. die Errichtung gesunder Arbeiterwohnungen in Angriff zu nehmen, und es der Regierung an's Herz legen, sofort auf legislativem Wege die tägliche Arbeitszeit in allen Industriezweigen auf acht Stunden zu beschränken, und der Extra-Arbeit in Fabriken und Werkstätten, durch welche die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werde, ein Ende zu setzen. Es hatten sich etwa 4000 Menschen zu der Kundgebung eingefunden, die ohne Ruhstörung verlief. Ein Sozialisten-Meeting fand am Sonntag in Glasgow in Gegenwart von etwa 40 000 Personen statt, auf welchem der Sozialist Burns aus London als Hauptredner auftrat.

Rußland.

Ein kaiserlicher Ulas genehmigt die Expropriation von privatem unbeweglichem Eigenthum zum Zwecke der Errichtung von orthodoxen Kirchen, Friedhöfen, Pfarrhäusern, Bethäusern und Schulen in den baltischen Provinzen und ordnet die Ausführung derselben nach einem beigegebenen besonderen Reglement an, wonach unter anderem mit Wohnhäusern, Oekonomiegebäuden und Gärten besetzte Grundstücke, welche keinen Bestandtheil einer dauerlichen Arrende oder zinspflichtigen Landes bilden, die Expropriation nicht unterliegen. Das Gleiche soll bei den nicht von Bauern arrendirten Wohn- und Oekonomiegebäuden

nehme sich ihrer an, um sie aus diesem jammervollen Leben zu reißen; wie gern würde sie weiter leben, aber es sei nicht mehr zu ertragen, da sie ihm, den sie so innig liebe, nicht für das Leben angehören dürfe. „Weine nicht zu sehr um mich, mein Geliebter“, schreibt sie, „laß mich ruhig schlafen; im Himmel sehe ich auf Dich herab, dort finden wir uns wieder.“ Auch die andere schreibt in ähnlicher Weise, sagt, daß ihr Geliebter den ganzen Abend nicht gekommen sei, und bittet ihn um Entschuldigung, daß der Brief nicht frankirt sei, aber sie habe „keine 5 Pfennige mehr“ in ihrem Besitze. Der eine Brief schließt mit einem kurzen, anscheinend selbstverfertigten Gedicht, der andere mit dem bekannten Verse: Es ist bestimmt in Gottes Rath, daß man vom Liebsten, was man hat, muß scheiden. Aus beiden Briefen, die voll sind von rührenden Versicherungen ihrer Liebe zu ihren beiden Geliebten — dem Vernehmen nach sind es junge Kaufleute — geht deutlich hervor, daß die armen Mädchen von ihrem Dasein geradezu angeleitet waren und, der ewigen pekuniären Bedrängnisse endlich müde, den vielleicht schon oft zuvor besprochenen Plan, sich das Leben zu nehmen, in tiefster Verzweiflung nunmehr ausgeführt haben. Man fand sie in dem Durchstufgraben hinter der Echtenstraße, und zwar scheint dort ein Gegenstand unter dem Wasser, vielleicht der Ast eines Baumes, ihr weiteres Forttreiben verhindert zu haben. Sie hatten sich mit einem Strick zusammengedunden, an diesen einen schweren Osenrost befestigt, und hielten sich fest umschlungen. Die Namen der Unglücklichen sind: Louise Groffe aus Berlin, 22 Jahre alt und Marie Kühn aus Herzbein, 20 Jahre alt.

Unglückselige That einer Mutter. Wien, den 16. März. Ein tragisches Familiendrama, dessen Motiv bis zum Wahnsinn gesteigerte Mutterliebe war, macht gegenwärtig in Simmering viel von sich reden. Eine Frau, welche krank darniederlag und von dem Gedanken gequält wurde, daß ihre unmündigen Kinder im Falle des Todes mütterlos zurückbleiben, faßte den schrecklichen Entschluß, vereint mit ihren Kindern zu sterben und brachte dieses Vorhaben Sonnabend zur Ausführung. Man berichtet über den erschütternden Vorfall nachfolgende Details: Im dritten Stocke des Hauses Nr. 42 der Hauptstraße in Simmering hat Herr Leopold Stockinger mit der aus seiner Gattin Elisabeth und drei Kindern im Alter von sieben, fünf und zweieinhalb Jahren bestehenden Familie seit einer Reihe von Jahren eine bescheidene Wohnung inne. Vor ungefähr drei Monaten erkrankte Elisabeth Stockinger, eine 36jährige Frau, am Halsstreich und die Frau wußte, daß ihr Leiden unheilbar sei. Frau Stockinger,

der Fall sein, falls die Arrendatoren dieselben nicht freiwillig abtreten.

Berichtigung. In dem ersten Artikel unter „Politische Uebersicht“ in der gestrigen Nummer unserer Zeitung muß es in der zehnten Zeile von oben anstatt „mit großer Rücksicht redigirtes Organ der Sozialdemokratie“ heißen: mit großer Umsicht redigirtes Organ der Sozialdemokratie.

Parlamentarisches.

Der Reichstagsabgeordnete Bierck hat in einer kleinen Schrift „Zur Kritik des Dynamitgesetzes“ die „Motive“ zu dem Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung des Reichsgesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vertheilt lassen. Es heißt in der Einleitung: Das Reichsgesetz vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen charakterisirt sich als ein Produkt gesetzgeberischer Ueberreilung. Das Gesetz wurde zu dem Zwecke erlassen, „der in dem Mißbrauch von Sprengstoffen liegenden gemeinen Gefahr entgegen zu treten.“ Thatsächlich scheinen aber bisher Fälle, in denen durch das Gesetz Dynamitattentate verhindert worden wären, überhaupt nicht vorgekommen zu sein — wenigstens hat in der Öffentlichkeit nirgends davon etwas verlautet — wogegen die Fälle, in denen durch das Gesetz der legitime Gebrauch des Dynamits als eines für die moderne Technik geradezu unentbehrlichen Hilfsmittels drakonischen Strafen unterstellt wurde, nachgerade eine stehende Rubrik in der Tagespresse bilden. Eine Reihe von Zeitungsberichten giebt ein buntes Bild von den Prozeffen, die aus der Praxis des Dynamitgesetzes seit etwa Jahresfrist sich ergeben haben. Weit entfernt, ein erschöpfendes Material zu bieten, kann der Antragsteller im Gegentheil nur konstatiren, daß zahlreiche Verurtheilte, die dem bürgerlichen Erwerbleben als Unternehmern angehören, aus zum Theil sehr naheliegenden Gründen Alles daran gesetzt haben, die Thatsache ihrer Verurtheilung nicht öffentlich bekannt werden zu lassen. In mehreren Spezialfällen wurde sogar die beabsichtigte Verwendung zu diesem Antrage im Reichstag nachgesuchte Mittheilung des Aktenmaterials verweigert, da die Betroffenen andernfalls ein ungünstiges Schicksal des von ihnen eingereichten Gnadengesuches befürchten zu müssen glaubten.

Die Arbeiterkommission des Reichstags hat gestern die Debatte über die Anträge fortgesetzt, welche die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit für verheiratete Frauen betreffen. Es liegen hierüber drei Anträge vor. Der eine, vom Abg. Dr. Lieber gestellt, will nur eine sechsstündige, der andere, vom Abg. Halben eingebracht, eine achtsündige Arbeitszeit zulassen, während der Abg. Kalle eine Resolution beantragt, in welcher die verbündeten Regierungen zu einer Vorlage aufgefordert werden, welche die verheirateten oder einem Hauswesen vorstehenden Frauen den jugendlichen Arbeitern (von 14 bis 18 Jahren) gleichstellen. Die Debatte wurde nicht zu Ende gebracht, eine Beschlußfassung findet erst heute statt.

Der dem preussischen Abgeordnetenhaus gestern zugegangene Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Bau neuer Schiffsahrtskanäle und die Verbesserung vorhandener Schiffsahrtskanäle, lautet:

§ 1. Die Staatsregierung wird ermächtigt: 1) zum Bau eines Schiffsahrtskanales von Dortmund bezw. Herne über Genichsburg, Münster, Bevergern und Papenburg nach der unteren Ems, einschließlich der Anlage eines Seitenkanales aus der Ems von Oberzum nach dem Emdener Binnenhafen nebst entsprechender Erweiterung des letzteren, 2) zur Verbesserung der Schiffsahrtsverbindung von der mittleren Oder nach der Oderpre bei Berlin durch den unter theilweiser Benutzung des Friedrich-Wilhelm-Kanales zu bewirkenden Neubau eines Kanales von Fürstberg nach dem Rendsborer See, durch die Regulierung der Spree von da bis unterhalb Fürstwalde und durch den Neubau eines dafelbst beginnenden Kanales bis zum Seddin-See, nach Maßgabe der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgestellten Projekte die Summe von 1. 58 400 000 M., zu 2. 12 600 000 M., im Ganzen 71 000 000 M. zu verwenden.

§ 2. Mit der Erbauung des im § 1 zu Nr. 1 gedachten Schiffsahrtskanales ist erst vorzugehen, wenn der gesammte zum Bau, einschließlich aller Nebenanlagen nach Maßgabe der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgestellten Projekte erforderliche Grund und Boden der Staatsregierung aus Interessentenkreisen unentgeltlich und kostenfrei zum Eigenthum überwießen, oder die Erstattung der sämmtlichen, staatsseitig für dessen Beschaffung im Wege der freien Vereinbarung oder der Enteignung aufzuwendenden Kosten, einschließlich aller Nebenentscheidungen für Wirtschaftsschwernisse und sonstige Nachteile in rechtsgültiger Form übernommen und sichergestellt ist.

§ 3. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 erwähnten Kosten im Wege der Anleihe eine entsprechende Anzahl von Staatsschuldverschreibungen auszugeben.

welche mit inniger Liebe an ihren drei Kindern, Anna, Franz und Josef, hing, wurde trotz der Tröstungen ihres Gatten mit jedem Tage melancholischer und verzweifelter. In diesem Zustande sagte sie den schrecklichen Plan, ihre Kinder mit sich im Tode zu vereinen. Sonnabend Abends um halb 9 Uhr, während der Gatte der Kranken noch im Dienste war, brachte Elisabeth Stockinger ihr Vorhaben, mit dem sie sich wohl schon seit Langem getragen haben mochte, zur Ausführung. Sie sperrte die Wohnungsthüre ab, legte dann ins Zimmer zurück und gab ihren drei Kindern Laugeneffens zu trinken, worauf sie selbst eine beträchtliche Quantität dieser Flüssigkeit zu sich nahm. Durch das schmerzvolle Stöhnen und die Jammerrufe der unglücklichen kleinen Geschöpfe wurden nach dem aufmerksamen Gemüthe und der herbeigerufenen Hausbesorger sprengte unvorsätzlich mit einer Hade die, wie bereits erwähnt, verschlossene Wohnungsthüre. Die Eintretenden fanden Mutter und Kinder entleert in zwei nebeneinandergestellten Betten bereits bewußlos vor. Es wurde schleunigst der in der Nähe wohnende Arzt Dr. Schmied requirirt, welcher eine Laugeneffens-Vergiftung konstatierte und den vier Personen kräftige Gegenmittel reichte. Der kleine Franz, welcher nur wenig getrunken hatte, kam bald zur Besinnung, indeß seine Geschwister und die Mutter trotz ärztlicher Bemühung nicht zum Bewußtsein gebracht werden konnten. Auf Anordnung des Arztes wurde Elisabeth Stockinger in das Rudolf-Spital, die drei kleinen in das Kinderspital gebracht. Es ist nur wenig Hoffnung vorhanden, Frau Stockinger, ihre Tochter und den kleinen Josef am Leben zu erhalten. Der unglückliche Gatte und Vater erlief erst spät Nachts bei der Heimkehr das große Unglück, das ihn betroffen hatte.

Eine Invalidentaxe. Als im Jahre 1781 die holländischen Generalkaaten ein Krieg mit England bedrohte, veröffentlichten dieselben in nicht eben janzfählender Weise nachstehenden Präzidentariff für die verwundeten Marineoffiziere. Für den Verlust beider Augen würden sie zahlen: 1500 Gulden, für ein Auge 350 Gulden, beider Arme 1500 Gulden, des rechten Armes allein 450 Gulden, des linken allein 350 Gulden, beider Beine 700 Gulden, eines Beines 350 Gulden. Für beide Füße erboten sie sich 450 Gulden, für einen Fuß 210 Gulden an Entschädigung zu zahlen.

Das moderne Staatsleben. Ein amerikanisches Organ bringt folgenden drastischen Vergleich: „Das moderne Staatsleben ist ein Orgelspiel. Die Minister spielen auf, das Parlament macht den Wind dazu, und die Wähler sind die Hölge, die getreten werden.“ — Stimmt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 17. März, Nachmittags 1 Uhr.
im Saale des Bundesrats; von Voelticher und Kommissarien.

Präsident v. Wedell: Ich darf voraussetzen, daß das Haus auch diesmal gewillt ist, wie in früheren Jahren, Sr. Majestät dem Kaiser zu seinem bevorstehenden Geburtstag die schufwünschenden Glückwünsche darzubringen. Ich ersuche Sie, das Präsidium zu ermächtigen, diese Glückwünsche zu überbringen, und konstatire, daß das Haus damit einverstanden ist. (Beifall.)

Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung.

Die zweite Beratung der die Arbeiterschutzes (Ergänzung) betreffenden Anträge wird fortgesetzt. (Der Bericht der Kommission bezieht sich auf die Fabrikinspektoren und die Gewerbegebiete und schlägt in Bezug auf die ersteren eine Resolution vor, in der ihre Vermehrung verlangt wird. Dazu beantragte Kuer in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, der ihre Stellung gesetzlich regelt, wodurch ein Ersatz für die ursprünglich verlangten Arbeitsämter geschaffen werden soll. In einer zweiten Resolution verlangt die Kommission einen Gesetzentwurf, betr. die obligatorische Einführung von Gewerbegerichten.)

Abg. Groh: Die Volkspartei wird für den Teil des Antrags Kuer eintreten, der sich auf die Einführung des Normalarbeitstages, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, sowie das Verbot der Sonntags- und der nächtlichen Arbeit bezieht, aber nicht für die Kontrolleinrichtungen, d. h. die Arbeitsämtern und Arbeitsämter; nicht weil wir, wie der Abg. Kalle, das Übergewicht der Arbeiter in demselben fürchten, da sie zu gleichen Teilen, wie der Arbeitgeber, geteilt und separat gewählt werden; aber die ganze Einrichtung erscheint uns zu schwerfällig und unfähig, die überwältigende Arbeit, die ihr zufallen würde, ihrem Zweck gemäß zu erledigen. Mit den Arbeitsämtern verhält es sich ebenso; wozu eine derartige neue Behörde einführen? Wir haben ja die Fabrikinspektoren, mit denen die Arbeiter im Verkehr und Gange, wie der Abg. Kuer selbst in der Kommission erklärt hat, vollständig zufrieden sind, nur daß die Inspektionsbezirke für die Kontrolle zu groß sind. Die Kommission empfiehlt daher ihre Verkleinerung und eine Vermehrung der Inspektoren; es ist das notwendig, weil sie, wie ihre Berichte beweisen, höchstens 15 pCt. der ihnen unterliegenden Anlagen im Jahr zu beschäftigen im Stande sind. Bei der großen Arbeiterfreundlichkeit, die bei den Wahlen alle Parteien zeigten, hätte man zwar ein etwas reichlicheres Produkt der Kommissionsberatungen erwarten können, aber wir nehmen auch eine Abschlagszahlung an als einen Sporn, für die Interessen der Arbeiter auch weiter einzutreten, soweit sie den Schutz des Staates in sozialer und humaner Beziehung zu beanspruchen das Recht haben.

Abg. Hartmann: Ich habe zunächst eine Lanze zu brechen für den Referenten, welchem vorgestern vom Abg. Kayser Mangel an Objektivität vorgeworfen wurde. Der Referent soll nicht eine theoretische Abhandlung über den Gegenstand der Beratung liefern, sondern eine einfache Erzählung der Vorgänge in der Kommission; und dieser Aufgabe ist der Herr Berichterstatter auch in umfassender Weise gerecht geworden. Die Organisation, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten sie vorschlagen, ist nun nach meiner Auffassung durchaus unzulässig, und ich bedauere die Art, wie der Abg. Kayser jene Vorschläge hier vorgestern verteidigt hat, da sie durchaus im Gegensatz steht zu der Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Kommission, welche eine durchaus sachliche, fast möchte ich sagen veröhnliche war. Der Abgeordnete Kuer ging in der Kommission in seinem entgegenkommen sogar so weit, daß er selbst zugestanden, sein Antrag habe erhebliche Mängel; und ich sage das nicht, um ihn bloßzustellen, im Gegenteil, ich möchte ihm mein Kompliment dafür und wünsche nur, es würde von allen Seiten so unbesangenen verhandelt; dann würde es in mancher Beziehung um unsere Geschäfte besser stehen. (Sehr richtig!) Meine politischen Freunde werden also alle den sozialdemokratischen Entwurf ablehnen. Was die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen betrifft, so sind wir zunächst für die erste, welche eine Vermehrung der Fabrikinspektoren und eine thunlichste Verkleinerung ihrer Aufsichtsbezirke erstrebt, durchaus eingenommen. Herr Kayser hat sich vorgestern bei Vertretung seines auf Einführung einer zentralen Arbeitervertretung für das Reich gerichteten Vorschlags als „national“ bezeichnet; tatsächlich aber war er unitarisch; diese beiden Begriffe hat er eben verwechselt. In der sächsischen Kammer sieht er sich im Gegensatz dazu immer als sächsischen Parlamentaristen auf und ist durchaus kein Unitarier. Ich sage übrigens immer, wenn ich solchen richtigen sächsischen Parlamentaristen sehe: das muß ein guter Mensch sein. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, beide von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen anzunehmen; wir werden damit wieder einen wichtigen Schritt vorwärts in der Sozialreform getan haben. In wenig Jahren läßt sich ein so großes Werk ohne Ueberanstrengung mit eigenen Augen schauen werden, das wissen wir ja nicht; sollte es uns aber nicht vergönnt sein, so werden unsere Hände und Umkel die Früchte ernten. (Beifall rechts.)

Bevollmächtigter zum Bundesrat, Geheimrat v. Hohmann: Meine Herren, daß die §§ 130-142 des Antrags Kuer hier im Hause keine Annahme finden werden, scheint mir schon jetzt sicher zu sein, und ich habe deshalb auch keine Bemerkung, mich über den Inhalt dieser Anträge zu verbreiten. Dagegen möchte ich mir gestatten, einige Worte zu der beantragten Resolution zu sagen. Wenn der Reichstag ein Bewußtsein findet, in irgend einer Form den Wunsch auszusprechen, daß die Zahl der Fabrikinspektoren vermehrt werden möge, so ist dagegen ja nichts einzuwenden. Wenn Sie aber, meine Herren, an den Herrn Reichskanzler das Ersuchen richten, in einer bestimmten Weise thätig zu werden, so werden Sie sich, glaube ich, fragen müssen, ob Sie auch zu der Erwartung berechtigt sind, daß der Herr Reichskanzler diesem Ersuchen entsprechen werde. In dieser Beziehung erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, daß das Gesetz die Bestellung der Aufsichtsbeamten den Landesregierungen überläßt, die Zahl zu bestimmen, in welcher diese Beamten anzuordnen sind, und die Bezirke zu begrenzen, innerhalb welcher sie thätig sein sollen. Ferner hängt auch die Anzahl der Beamten, welche zur Erreichung des Zweckes erforderlich sind, wesentlich davon ab, wie die Bevölkerung oder diejenigen Klassen der Bevölkerung geartet sind, auf welche sich diese Anordnungen beziehen. Wo der Sinn für Geschäftlichkeit sehr stark entwickelt ist, wird man weniger Beamte bedürfen, wo er schwach entwickelt ist, wird man deren mehr bedürfen. Ich führe dieses

Alles an, um Ihnen zu zeigen, daß der Herr Reichskanzler gar nicht in der Lage ist, ein sicheres Urtheil darüber fällen zu können, ob eine bestimmte Landesregierung eine ungenügende Zahl dieser Beamten angestellt hat, und unter diesen Umständen würde es für den Herrn Reichskanzler sehr wichtig sein, über die Zahl der aufzustellenden Beamten den Landesregierungen auch nur einen Rath zu ertheilen. Meine Herren, es ist von dieser Stelle schon bei anderer Gelegenheit wiederholt ausgesprochen worden, daß man von der Thätigkeit der Berufsgenossenschaften eine Ergänzung der Thätigkeit der Fabrikinspektoren in einem sehr wesentlichen Theile ihres Berufes erwartet, und der Herr Reichskanzler hat es seiner Zeit ausgesprochen, daß eine weitere Entwicklung der Institution der Fabrikinspektoren nicht wohl eher in Angriff genommen werden könne, als bis man zu übersehen im Stande sei, inwieweit ein Theil ihrer Funktionen von den Organen der Berufsgenossenschaften übernommen werden könne. Nun, meine Herren, sind die Berufsgenossenschaften eben erst im Anfange ihrer Thätigkeit; wir wissen noch nicht, wie weit sie diese Thätigkeit erstrecken und mit welchem Erfolge sie diese Thätigkeit ausüben werden. Allerdings ist uns schon bekannt, daß sie auch diese Seite ihrer Thätigkeit hier und da schon sehr energisch in die Hand genommen haben. Noch neuerdings ist uns berichtet, wie eine Anzahl von Berufsgenossenschaften und Berufsgenossenschafts-Sectionen, welche in Köln ihren Sitz haben, sich zur gemeinsamen Anstellung eines auf dem Gebiete der Unfallversicherung außerordentlich bewanderten und diesen Aufgaben ohne Zweifel völlig gewachsenen Mannes vereinigt haben, um für die Betriebe aller dieser Berufsgenossenschaften eine vollständige Ueberwachung herzustellen; das ist ein Anfang.

Abg. Baumbach: Von der Thätigkeit der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes verspreche ich mir so wenig, daß ich es nicht für rathsam halte, die Frage der Fabrikinspektion mit der Entwicklung der Berufsgenossenschaften in Zusammenhang zu bringen. Dem Vertreter der Regierung kann ich darin nicht beistimmen, daß diese Resolution beim Herrn Reichskanzler an die unrichtige Adresse gelangen werde. Es handelt sich hier um Bestimmungen zur Gewerbeordnung, einem Reichsgesetz, wo also dem Reichskanzler die Oberaufsicht zusteht. Ich gebe zu, daß die tatsächlichen Verhältnisse in den Einzelstaaten außerordentlich verschieden sind, und daß es bedenklich ist, in der Generalisirung von vornherein zu weit zu gehen. Darum muß ich mich gegen den (nicht genügend unterstützten) Antrag halten erklären, daß jedes Etablissement in jedem Jahre revidirt werden muß. Ich halte dies bei vielen Betrieben gar nicht für notwendig. Den Antrag Kuer halte auch ich für unzulässig und unpraktisch. Die Arbeitsämtern sollen darnach die Aufgabe haben, auch die Minimallöhne festzustellen. Nachdem diese Forderung vom Reichstage mit großer Mehrheit abgelehnt ist, würde auch der Gedanke eines Normalarbeitstages im Sinne der Sozialdemokraten nicht aufrecht erhalten werden können. Wer soll denn den Minimallohn feststellen? Die Arbeitsämtern sind dazu theils zu klein, theils zu groß. Soll z. B. eine vorwiegend aus Vertretern der Textilindustrie bestehende Arbeitsämter über die Löhne in allen anderen Branchen entscheiden und sogar den Mindestlohn festlegen? Ein Arbeitstag als oberste Instanz ist vollends ein ganz ungeheurer Gedanke.

Abg. v. Hertling: Ich glaube, daß wir trotz der Erklärung des Herrn Bevollmächtigten an der Resolution festhalten können. Eine Vermehrung der Fabrikinspektoren wird nur da gefordert, wo die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Bezirken eine solche notwendig machen. Der Reichskanzler wird lediglich aufgefordert, sich zu diesem Zweck mit den einzelnen Zentralbehörden der Bundesstaaten ins Benehmen zu setzen. Die Sozialdemokraten sprechen hier von Organisation. Das ist ein bloßes Schlagwort. Wenn man in der Organisation einen Gegenstand anerkennt zwischen dem, was organisch, lebendig gewachsen, und dem, was mechanisch, tod gemacht ist, so kann ich von einem organisatorischen Gedanken in diesem Gesetzentwurf nichts erblicken. Es ist nicht die Rede von innerlich wirksamen Kräften, sondern von ganz mechanischen, bürokratischen Schablonen der Zentralinstanz, Mittelinstanz und Unterinstanz. Keine Gliederung nach Interessengruppen, die geschieden sind und doch wieder verbunden sind, sondern ein Konglomerat nach der Zahl der Wähler. An einem schwerfälligen Apparat fehlt es auch nicht. Diesen Apparat soll die Gewerbe-Polizei in die Hand nehmen. Seine Befugnisse reichen sogar in die Sphäre der ordentlichen Polizei. Das Arbeitsamt soll die ihm „notwendig scheinenden“ Anordnungen treffen. Von irgend einer Ueberwachung seiner Befugnisse ist nicht die Rede. Zur Durchführung der Gewerbe-Polizei sind nicht solche Organe geeignet, welche aus der Wahl der Arbeitgeber oder Arbeiter hervorgegangen sind, sondern die unparteiisch über beiden bestehenden Organe des Staates. Darum ziehe ich auch die Ausübung der Gewerbe-Polizei durch die Fabrikinspektoren der durch die Berufsgenossenschaften vor. Das Arbeitsamt soll auch die Befugnis des Arbeitnachweises haben. Wie man sich das denkt, ist nicht gesagt. Wenn man den Arbeiter nicht verpflichtet, seine Arbeitsstelle bei dem Amt anzuzeigen und dieses um Arbeit anzusuchen, hat die ganze Sache gar keinen Zweck. Das Pariser Arbeiterparlament von 1848 zeigt genügend, daß Sie auf falschem Wege sind. Ihr Antrag bedeutet nichts weiter als eine Vermehrung der Beamten, des Redens in den Parlamenten, und — was ich beinahe vergessen — eine Vermehrung des bürokratischen Schreibwesens. Davon werden die Arbeiter auch sehr viel haben! (Beifall.)

Abg. Mirbach schließt sich in allen Punkten den Ausführungen seines Landsmannes Hartmann an.

Abg. Halben: Die Sozialdemokraten erstreben drei verschiedene Instanzen: eine Arbeitsämter, ein Arbeitsamt und ein Reichsamt. Die erstere hat einen vollständig demokratischen, die mittlere einen demokratisch-bürokratischen und die letzte einen rein bürokratischen Charakter. Der Arbeiterkammer liegt ein richtiger Gedanke zu Grunde. Sie ist eigentlich nichts anderes als eine Gewerbeämter. Wir werden schließlich dahin kommen müssen, auch den Arbeitern eine selbstständige Vertretung zu geben, nachdem wir die Meister zu Innungen zusammengerufen haben. Der Arbeiter darf seinem Arbeitgeber nicht rechtlos gegenüberstehen. Die Thätigkeit der Arbeitsämter muß aber ehebaldig reduziert werden, wenn die Arbeiter nicht ihrem Beruf entzogen werden sollen. Die Resolution der Kommission ist für mich unannehmbar, weil viel zu vage. Daß man meinen Antrag nicht genügend unterstützt, hat mich um so mehr gemindert, als eine Reihe von Parteiführern sich dafür ausgesprochen hat, daß die Fabrikinspektoren die Betriebe alle Jahre mindestens einmal besichtigen sollen. Um die Durchführung meiner Idee zu erleichtern, stelle ich nunmehr den Antrag, daß die Zahl der Fabrikinspektoren soweit erhöht werde, daß diese innerhalb eines Jahres mindestens die Hälfte ihrer Betriebe besichtigen können.

Abg. Pfannkuch: Wir müssen durchaus auf unserem

Standpunkt verharren, wenn wir auch in einzelnen Punkten gern vernünftigen Einwänden gegenüber entgegenkommend sind. So haben wir z. B. in diesem Jahr von unserer Forderung eines obligatorischen Minimalarbeitslohnes abgesehen und vielmehr beantragt, daß nur auf Antrag der Beteiligten durch die Arbeitsämtern ein Minimallohn festgesetzt werden soll. Weßhalb die Herren hier so eifrig unsere Forderung einer wirtschaftlichen Interessenvertretung für die Arbeiter perhorresziren, ist klar: es ist eben die Furcht, daß die Sozialdemokraten, die ja allein bisher mit Energie die Sache der Arbeiter geführt haben, die Arbeitsämtern beherrschen und an Macht gewinnen würden. Daß die Arbeitgeber in den Arbeitsämtern ihre Interessen nicht genügend wahrnehmen können, glaubt man wohl weder auf der rechten, noch im Centrum, wenn man es auch behauptet. Wollte nur die Arbeiterschaft mit derselben Energie und Einsicht, wie die Unternehmer es bisher gethan haben, ihre wahren Interessen erkennen und verteidigen, dann hätte meine Partei wohl noch größere Erfolge aufzuweisen, als es thatsächlich der Fall ist. Ohne daß die jetzt bevorstehenden Gesellschaftsklassen auf viele ihrer Privilegien verzichten, ist wirklich keine wirkliche Sozialreform durchführbar; und deshalb finden wir hier im Hause so viel Gegner. Unsere von Herrn von Hertling bekämpfte Forderung des Instituts eines offiziellen Arbeitnachweises ist von eminenter Bedeutung; es würde dann sifermäßig nachgewiesen werden können, wie groß der Umfang der vorhandenen Arbeitslosigkeit ist; und damit würde der jetzt besolaten Vogelstrauchpolitik ein Ende gemacht werden, welche abthätlich sich der Thatsache verschließt, weil viele Tausende von Arbeitern obdachlos auf die Landstraße und auf die private Wohlthätigkeit ihrer Kollegen angewiesen sind. Unsere Forderungen verfolgen hohe ethische Ziele; und wenn unseren Worten nicht Gehör geschenkt wird, so könnten wir bald etwas vernehmlicher werden! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Grillenberger wendet sich zunächst gegen die Ausführungen Hartmanns und bestreitet, daß durch die Annahmen irgend eine wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen geschaffen worden sei. Die Resolutionen, welche jetzt vorgeschlagen sind, bedeuten gar nichts; sie legen ja alles in das freie Ermessen der Reichsregierung. Sie haben unfern Entwurf, der eine gute Organisation der Arbeiter vorschlug, und an dem wir in allen Punkten festhalten, rücksichtslos abgeschlachtet aus Furcht vor einem etwaigen Nachwuchs unserer Partei. Die große Erregung, mit der Herr von Hertling gesprochen hat, kommt lediglich daher, daß es in den katholischen Arbeiterkreisen bedenklich zu rumoren beginnt, daß man dort bereits anfängt, das, was das Centrum für die Arbeiter thut, für gänzlich unzureichend zu halten. Wenn Sie angeblich keine neuen Reichsämter wollen und deshalb unsere Vorschläge bekämpfen, weshalb agitiren Sie denn fortwährend für ein Reichs-Innungsgesetz? Mit der Sozialreform soll nach Herrn Hartmann langsam vorgegangen werden; wenn es sich um neue Steuern, um Monopole, um Militärverordnungen oder um das Sozialstufengesetz handelt, dann ist Ihnen keine Art des Vorgehens schnell genug. Herr v. Hertling, dieser große Sozialgelehrte des Centrums, hat eine absolute Unkenntnis der praktischen Arbeiterverhältnisse an den Tag gelegt und alles vom hohen Ross der theoretischen „Wissenschaft“ herab behandelt; ich rufe ihm dies heute so laut zu, damit die katholischen Arbeiter im Lande es hören; und damit sie zugleich sich erinnern, wie gut das Centrum, wo es nur will, für seine wahren Schützlinge zu sorgen versteht. Ich erwähne nur den Namen Ritter in München und den neu ernannten Direktor der höheren Töchterschule daselbst. Ich bitte jeden, der das Fabrikinspektorat ernstlich weiter entwickeln will, unsern Antrag, und nicht dem Kommissionsvorschlag, zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Hertling: Wenn der Beredner von meiner Erregung sprach, so habe ich allerdings heute meinem Unmuth etwas mehr als sonst die Zügel schießen lassen; denn die Sozialdemokraten haben einen Antrag vorgelegt, der nirgends die Kritik ausschließt. Uebrigens war auch der Beredner, erregt, und zwar über meine Ausführungen, die er dabei noch gar nicht einmal verstanden hat. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich freue mich heute doppelt, gesprochen zu haben, gerade weil ich hoffe, daß die katholischen Arbeiter von meinen Worten Kenntniß nehmen, und daß sie nicht so verblendet sein werden, um nicht zu verstehen, wo die falschen und wo die wahren Freunde der Arbeiter sind. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.)

Die Diskussion wird geschlossen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Kayser, Hartmann und Mirbach werden die §§ 130-133 abgelehnt, desgleichen das Amendement Halben zu der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution, ebenso wie die vom Abg. Kuer vorgeschlagene Resolution. Dagegen gelangt die von der Kommission vorgeschlagene Resolution zur Annahme.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Schiffahrtsabgabe auf der Unterweser; zweite Beratung der Zudersteuer-Vorlage.)

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 17. März, 11 Uhr.

Am Ministerliche von Buttler, von Scholz Lucius und Kommissarien.

Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans pro 1886/87 wird fortgesetzt.

Um Spezialetat der Lotterieverwaltung hat die Budgetkommission den aus ihrer Mitte gestellten Antrag, durch Verdoppelung der Anzahl der Loose die Einnahmen aus diesem Etat gleichfalls zu verdoppeln, mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Uebertrag aus der Lotterieverwaltung würde sich dadurch von 4 auf 8 Millionen Mark pro Jahr erhöhen. Da für die erste der in das Staatsjahr 1886/87 fallenden beiden Ziehungen, die schon im Monat April ihren Anfang nimmt, die Durchführung der qu. Maßnahmen nicht mehr thunlich ist, schlägt die Kommission vor, pro 1886/87 die sämtlichen Staatslöse in Einnahme und Ausgabe nur um die Hälfte zu erhöhen und außerdem folgende Resolution anzunehmen:

„Die Staatsregierung aufzufordern, für das Staatsjahr 1887/88 durch Vermehrung der Loose um die doppelte Anzahl eine Erhöhung der Einnahmen um das Doppelte herbeizuführen.“

Referent Abg. Graf Limburg-Stirum hebt hervor, daß der diesmal zur Annahme gelangte Antrag auf Verdoppelung der preussischen Lotterieloose lediglich die Wiederholung eines gleichlautenden Antrags sei, der in voriger Session vom Plenum mit geringer Majorität abgelehnt worden sei. Die Staatsregierung habe durch ihren Kommissar in der Kommission ihre Bereitwilligkeit, auf den Antrag einzugehen, bekundet, zugleich aber die Erklärung abgegeben lassen, daß es nach

der vorjährigen Ablehnung nicht habe zugemutet werden können, ihrerseits diese Erhöhung der Einnahmen in dem Etatsentwurf zu beantragen. Der Kommission sei vom Minister auch ein reiches statistisches Material übermittelt worden, aus dem sich ergebe, daß von den an der preussischen Lotterie beteiligten Spielern resp. Einlegern 97 pCt. wohlhabende, gut situierte Leute seien, daß mithin eine unzulässige Begünstigung der Spielerei im Volke in dem Antrage zu erkennen sei.

Abg. v. d. Neß beantragt, obiger Resolution folgenden Zusatz zu geben: „und womöglich noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Gewährung von Lantien und Gewinnanteilen für den Betrieb von Loosen beseitigt und dem Zwischenhandel mit Loosen gesteuert wird.“

Abg. v. Gerslach (Gardelegen) giebt die Hoffnung noch nicht auf, daß der Kommissionsantrag wie im vorigen Jahre auch heute wieder vom Plenum verworfen werden möge. Im Jahre 1885 habe sich die Regierung dem Antrage gegenüber kühl verhalten; nicht kühl „bis ans Herz hinan“, sondern kühl in dem Sinne, wie ein junges Mädchen sich einem Freier gegenüber zurückhaltend und spröde zeige, während doch ihr Herz bereits der beste Verbündete des Freiens ist. (Heiterkeit.) Für die Vermehrung werde geltend gemacht, daß man die außerpreussischen Lotterien aus Preußen verdrängen, ihnen den unberechtigten Gewinn abjagen müsse. Man habe das Gefühl auch innerhalb der Regierung, daß das staatliche Lotteriespiel nicht gerade eine Sünde, aber auch nicht häßlich sei. Die Einnahme würden doch zum allergrößten Teil von den ärmeren Volksklassen aufgebracht; gewinne ein Wohlhabender das große Loos, so müßte die Armeren es ihm bezahlen. Während man sonst die Staatsbürger durch Sparlassen und so weiter von Staats- und Reichswegen einlade, einen geordneten Haushalt zu führen, benutze man hier das Ansehen der Regierung, um die ärmeren Volksklassen anzureizen, ihre kleinen Ersparnisse zum Fenster hinauszuwerfen. (Sehr richtig!) Die Vermehrung der Loose in Preußen würde die endliche Abschaffung der Lotterie aufs Neue erschweren.

Abg. v. Rauchhaupt: Ich habe im vorigen Jahre gegen den Antrag votirt; heute werde ich mit einem nicht unerheblichen Theil meiner konservativen Freunde für denselben stimmen. Diejenige Majorität des Reichstags, welche allein durch Bewilligung neuer Reichseinnahmen der Finanznoth der Einzelstaaten hätte abhelfen können, hat durch ihre jüngsten Beschlüsse demiesen, daß sie den Willen dazu nicht hat. Das Zentrum hätte in der Monopolkommission meiner Ansicht nach den Weg andeuten müssen, auf welchem man zu den höheren Einnahmen aus dem Branntwein gelangen könnte (sehr gut! richtig); das ist nicht der Standpunkt einer großen Partei, zu erklären, man habe sich nicht den Kopf des Finanzministers zu zerbrechen. Es bleibt uns jetzt in Folge der Taktik des Zentrums nur übrig, den ersten Schritt auf dem Wege zu thun, den Staat Preußen finanziell so selbstständig wie möglich zu machen. Ich warne Sie im Interesse des Reiches selbst davor, noch ferner in einer Obstruktionspolitik zu verharren. (Große Unruhe im Centrum und links: Rufe: Hundertmillionen!) Wir brauchen die Mittel, die zur Bedienung der preussischen Staatsbedürfnisse erforderlich sind, und wir werden sie zu finden wissen. (Beifall rechts.)

Abg. Meyer (Breslau): Im vorigen Jahre hat mir der Abg. v. Rauchhaupt vorgeworfen, daß ich mich nicht entschieden genug gegen die Lotterien ausgesprochen hätte, er wolle sich nicht in derselben milden Weise ausdrücken. Das ist mir sehr zu Herzen gegangen. (Heiterkeit links.) Ich habe mich bestrbt, Herrn v. Rauchhaupt nachzukommen, und nun ist die Stelle erreicht, die ich er fort. (Heiterkeit.) Das betrübt mich in hohem Grade. Ich würde freudiger in die heutige Diskussion eingetreten sein, wenn ich gefühlt hätte, daß die Hand des Herrn v. Rauchhaupt segnend auf meinem Haupte liege. (Heiterkeit.) Das Lotteriegeld wird ebenso unnachlässiglich eingefordert und bezahlt wie eine Zwangsforderung, denn mit dem Verlust des Looses droht der Verlust des Gewinns, womöglich des großen Looses. Dieses Geld wird nützlicheren Zwecken entzogen. Der Spieler begeht damit eine Unterschlagung gegen sich selbst. Besonders widerwärtig ist der Schmarotzergewinn der Kollektoren (sehr richtig! links), mindestens ebenso verwerflich wie der mühselose Gewinn des Zwischenhändlers mit Loosen, den man von jener Seite so sehr beklammert. Das Lotteriespiel ist aber auch der Nährboden für den allerblödesten Aberglauben. Des Spielers tritt aus dem natürlichen Zusammenhang der Dinge heraus, verläßt das Gesetz der Kausalität, der Teleologie, vertraut sich unbekanntem Mächten an. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, es würde dem preussischen Staate möglich sein, wenn er ernstlich wollte, die Beseitigung aller Lotterien zu bewirken; den Weg zu diesem Ziele will ich nicht verlegen. (Sehr gut! links.) Nun hat Herr v. Rauchhaupt die Frage aus dem Rahmen der sachlichen Erörterung herausgehoben und sich auf den politischen Standpunkt gestellt, er will die Vermehrung der Lotterieloose als Ersatz des Branntweinmonopols ansehen. (Lachen links.) Das klingt so, als hätten wir auf dem Stuhle des Herrn Finanzministers Jemanden sitzen, der zu alt und krank geworden ist, um auch nur die kleinste Steuer selbst auszuendenken (Heiterkeit), der ermüdet wäre von den vielen Steuerprojekten, mit denen wir uns beschäftigt haben. Mir verbietet die Achtung vor dem Herrn Finanzminister, mir in dieser Beziehung seinen Kopf zu zerbrechen. (Heiterkeit.) Ich bin fest überzeugt, es wird dem Herrn Finanzminister nicht daran fehlen, die Zahl seiner Kinder, Tabaksmoopol und Branntweinmonopol, noch zu vermehren. (Stürmische Heiterkeit.) Wir erwarten von der Regierung, daß sie nicht nur Vorschläge mache, sondern auch geeignete Vorschläge. (Stürmischer Beifall rechts: Sehr gut!) Sehr unverständlich ist mir aber vor Allem der Zusammenhang zwischen Monopolablehnung und Loosvermehrung, der aus den Ausführungen hervorgeht; weil es mißlungen ist, im Reichstage einen Damm aufzuwerfen gegen die Branntweinpest, müssen wir jetzt die Pest der Lotterie ausdehnen lassen. (Große Heiterkeit.) Das heißt doch wahrlich, den Teufel durch Beizubel zu beschwören. Auf diesen Weg werden wir nicht eingehen; ich bitte Sie, den Antrag der Kommission abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Kiescke: Mir scheint die Frage ohne jede Veranlassung aufgedacht und zu einer politischen bezw. Parteisache gemacht worden zu sein. Für mich ist in dieser Frage bestimmend, daß veränderte Umstände auch andere Motive ergeben, und die veränderten Umstände finde ich in der Wirkungslosigkeit des von uns erst kürzlich durch höhere Strafen verschärften Verbots, in fremden Lotterien zu spielen. Die Sache liegt einfach so, daß wir zwischen den zwei Uebeln zu wählen haben: entweder zulassen, daß die Leute ihr Geld außer Land tragen, indem sie in allerhand anderen Lotterien spielen oder durch Vermehrung der Loose der preussischen Lotterie dieses Geld am Ausfließen aus dem Lande zu verhindern. Ich halte das letztere Uebel für das bei weitem geringere und deshalb stimme ich für den Antrag der Kommission.

Abg. Dr. Gneist: Es mag vom praktischen Standpunkte aus ganz richtig sein, zu sagen: so lange im Deutschen Reiche noch andere Staatslotterien bestehen, hat Preußen durchaus keine Veranlassung, einen ideal sittlichen Standpunkt durch Aufhebung der Staatslotterie einzunehmen, im Gegentheil hat es ein wirtschaftliches Interesse, das Geld nicht ins Ausland gehen zu lassen und für sich zu behalten. Aber so liegt die Sache doch nicht. Der Hauptgrund, der uns verhindert, dem Antrag zuzustimmen, liegt darin: wir wollen nicht, daß der Staat Unternehmer ist und den Leuten zuruft: „Kommt her, bei mir zu spielen.“

Finanzminister v. Scholz: Bezüglich des Kommissionsantrages kann ich nichts Anderes sagen, als was ich am 25. Februar vorigen Jahres aus demselben Anlaß bemerkte, daß nämlich die Regierung in dieser Sache die Initiative nicht er-

greifen wolle und könne und daß sie vielmehr wünsche, es möge das Haus mit der Initiative vorgehen, der Beschluß desselben würde bei der Regierung Beachtung finden, und sie würde nicht anstehen, dem Antrage Folge zu geben. Dem Herrn Abg. Gneist möchte ich bemerken, er übersteigt, daß der Staat gegenwärtig Unternehmer ist und Unternehmer bleiben muß bis zu der Zeit, wo vielleicht einmal die Lotterien ganz abgeschafft werden, und daß wir gar nicht daran denken werden, irgend einem Andern an Stelle des Staates das Lotteriewesen zu übertragen. Die deutschfreisinnige Partei ist am wenigsten berufen, die Macht des preussischen Staates im Reiche über seine Grenzen höher darzustellen, als sie wirklich ist. Es würde vielleicht anders sein, wenn die freisinnige Partei sich hätte immer vom Reichsgedanken erfüllt sein lassen. (Unruhe links: Sehr wahr! richtig.) Nun habe ich aber noch ein besonderes Interesse, mich gegen die Unterstellung zu wenden, ich würde mit Uebeln über die Kleinigkeit hinweggehen, die Herr v. Rauchhaupt mir anbietet. Ich fühle mich ja allerdings in erster Linie als Staatsminister und dann erst als Finanzminister, aber ich fühle mich doch auch als Finanzminister, und als solcher würde ich unverantwortlich handeln, wenn ich über eine Einnahme von Millionen Mark lächeln würde. Wenn einmal einige Millionen in der Kasse liegen, so habe ich sofort Verfügungen erlassen, die Summe zinsbar anzulegen und wenn es 10 000 Mark Zinsen sind, welche einkommen. (Sehr gut richtig.)

Abg. Gremer (Zeltow): Die Ausführungen des Ministers beruhigen uns wenigstens über einen Punkt: er wird das Geld annehmen. (Heiterkeit.) Den Zwischenhandel bitte ich aber jedenfalls unter die schärfste Kontrolle zu nehmen. Gegen Herrn Meyer bemerke ich, daß man doch nicht mehr verlieren kann als man eingesetzt hat, daß ein so geradezu phibistisches Spiel wie die Staatslotterie also absolut mit den Hazardspielen nicht in Vergleich gestellt werden kann. Er spegelt habe noch niemals in der Lotterie gespielt; nur einmal habe er ein Loos von einer Kochkunstausstellung gekauft erhalten und darauf eine gepöbelte Junge gewonnen. (Große Heiterkeit.) Redner empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages, erklärt sich indeß gegen den Zusatz v. d. Neß; ein Damm gegen den Zwischenhandel könne vielleicht dadurch aufgerichtet werden, daß man kleinere Anteile schaffe, nicht bei den Vierteln bleibe, sondern zu Achteln oder Zehnteln übergebe.

Abg. Windthorst: Die von Herrn v. Rauchhaupt heute entwickelte Moral ist für mich neu gewesen. Es ist eine in der That merkwürdige Erscheinung, jetzt zu sehen, wie so wohl von der Regierung, als aus den ihr nahe stehenden Kreisen fortwährend Angriffe auf den Reichstag gemacht werden. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Früher war der Reichstag Alles, die Einzelstaaten mußten zurücktreten, es konnte gar nicht rasch genug gehen mit der Verfolgung der unitarischen Ideen. Jetzt wird zurückgeblieben, und zwar deshalb, weil der Reichstag sich nicht bequem will, alles Geld herzugeben, was man von ihm verlangt. Die Majorität dieses Hauses trägt kein Bedenken, hundert Millionen herzugeben, um die polnischen Gütdesitzer auszulassen, 200 000 M. auszugeben, um über das Maß die Fortbildungsschulen aufzubessern, und hätte nicht der Finanzminister geögert, so hätten wir auch schon die Vorlage, welche die Schule in den polnischen Landestheilen zu verstaatlichen bezweckt. Das alles haben Sie vorweg bewilligt, und nun kommen Sie und klagen, daß der Reichstag die großen Bedürfnisse nicht befriedige. Sie sagen, der Reichstag habe das Branntweinmonopol nicht bewilligt (Ruf rechts: Leider!), ich sage nicht „leider“, (Heiterkeit.) Daß der Reichstag höhere Mittel aus dem Branntwein nicht habe gewähren wollen, ist unwar. (Ruf rechts: O nein!) Dem Reichstag hat nichts als das Monopol vorgelegen, daß auch Herr v. Rauchhaupt nicht bewilligt haben würde. Dann kann er sich sehr leicht hierherstellen und den Reichstag anklagen (Widerspruch rechts); auch die Majorität der Konservativen hätte das Monopol verworfen! Es war ein sehr wenig glücklicher Gedanke, das Monopol aufzugreifen; man hätte sich von vornherein sagen müssen: es ist undurchführbar. (Unruhe rechts.) Will die Regierung diese vier Millionen aus dem Beutel der Unterthanen nehmen, so hat sie die Pflicht und Aufgabe, dies selbst beim Hause zu beantragen; so lange sie aber Anstand nimmt, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß sie mit der Spielerei der Unterthanen ein Geschäft treibt, ihre ich es gewiß nicht; so moralisch wie Herr von Scholz bin ich auch! (Große Heiterkeit.) Von den Bemühungen, die Aufhebung sämtlicher Lotterien herbeizuführen, hat uns Herr v. Scholz gar nichts berichtet; es heißt nur, unsere Verbündeten vergeblich wir nicht. Nun, was Braunschweig betrifft, so würde ein Schreiben des Herrn v. Scholz an den Grafen Wey genügen, um die Braunschweiger Lotterie zu beseitigen, ich bleibe aber vor Allem dabei: ich offerire der Regierung nicht, was sie selbst nicht verlangt. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Minister v. Scholz: Ich bin leider von der Macht der preussischen Staatsregierung nicht so durchdrungen wie der Vorredner. Ein Schreiben des Finanzministers von Preußen wäre ein verfehltes, wirkungsloses Unternehmen, selbst die Geltendmachung der berechtigten Nachstellung Preußens in Deutschland würde eine sichere Erreichung dieses Ziels nicht verbürgen; Herr Windthorst gerade hat zur Schwächung dieser Position sehr viel beigetragen. Meine Worte in der gleichen Debatte des Vorjahres hat er nicht richtig aufgefaßt. Für etwas Unmoralisches hält die Staatsregierung die Fortsetzung und Vermehrung der Lotterie nicht, sie würde sonst dem Kommissionsantrage nicht zustimmen, auch wenn er mit 2/3 Majorität zum Beschluß des Hauses erhoben würde. Herr Windthorst gehörte jedenfalls bisher nicht zu der verschwindenden Minorität, die zu behaupten wagt, durch namhafte Ersparungen am Militäretat seien die Mehrbedürfnisse zu befriedigen. Sein Fraktionsgenosse v. Guene hat sich im Reichstage ganz anders ausgelassen. Ich habe heute mehr als je die Ueberzeugung, daß das Monopol nicht nur nicht undurchführbar ist, sondern auch die Hoffnung, daß Herr Windthorst noch lange lebt, um diese Durchführbarkeit und die Einführung des Monopols in Deutschland zu erleben. (Heiterkeit.) Täglich mehrt sich die Zahl derjenigen, die dem Monopologedanken zustimmen. (Abg. Kiert: Hört, hört! Heiterkeit links.) Der nationalliberalen Resolution gegenüber habe ich nicht ein ablehnendes, sondern ein entgegenkommendes Verhalten bewiesen; ich habe sie ausdrücklich begrüßt und gemeint, an ihrer Hand sei noch eine Unterhaltung über die anderweitigen Mittel und Wege möglich. Das wurde aber nicht beibehalten, und gerade das Zentrum legte eine ablehnende Haltung an den Tag. An den Fingergelzen außer dem Haupte fehlt es der Regierung nicht; es fehlt ihr nur an der Information darüber, zu welchem Schritt sie eine Zustimmung des Parlaments zu erwarten hätte, das ist das einzig interessante Moment. Damit wäre nicht viel, aber doch etwas gewonnen. Viel will ich nicht, denn denken Sie doch daran, wie hier im Hause mit erdrückender Mehrheit die Resolution auf Reform der direkten Steuern angenommen wurde, wie die Regierung die Resolution gewissenhaft in Gesetzesparagraphen brachte, und wie nachher aus der ganzen Sache nichts geworden ist. Bleiben Sie aber bei dem reinen Abschwärzen, bei der bloßen Negation stehen, so haben Sie es sich selber zuzuschreiben, wenn wieder Projekte kommen, die dann auch sofort wieder von Ihnen für unausführbar werden erklärt werden. Das ist die billige Kritik, die Jeder sich erlauben kann, der berufen wäre, an etwas Besserem mitzuwirken. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen.
Abg. v. Gneist: Konstatirt zur Geschäftsordnung, daß

ihm durch den Schluß der Debatte die Gelegenheit genommen sei, auf die Ausführungen des Abg. Gneist zu erwidern. Er begreife allerdings die Ungebuld des Hauses, mit einer Debatte zu Ende zu kommen, welche nur durch einige langjamige Reden, die sich mit ganz anderen Gegenständen beschäftigt hätten, zu solcher Länge gediehen wäre. (Unruhe rechts; Vizepräsident von Heereman erklärt die in den letzten Worten liegende Kritik für parlamentarisch nicht zulässig.)

Der Antrag der Kommission auf Verdoppelung der Lotterieloose wird in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 131 Stimmen angenommen; 2 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.

Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wird unter Ablehnung des vom Abg. v. d. Neß beantragten Zusatzes gleichfalls angenommen.

Der Rest des Lotterietats gelangt mit dem dem Beschluß zu Titel I entsprechenden Modifikationen zur Annahme.

Es folgt die Beratung einer Reihe einzelner Titel aus verschiedenen Etats, die zur nochmaligen Prüfung an die Budgetkommission verwiesen werden.

Im Extraordinarium des Etats der Bauverwaltung werden zum Neubau der Brücke über den Vorgarten bei Cosel 280 000 M. als 1. Rate gefordert. Die Position wird nach dem Vorschlage der Kommission bewilligt.

Für Erweiterung des Archiv- und Bibliothekgebäudes in Hannover sind als erste Rate 150 000 M. in das Extraordinarium des Etats der Archivverwaltung eingestellt.

Die Kommission beantragt, die Forderung zu streichen. Referent Abg. Franke hebt hervor, daß die Bibliothek in Hannover Eigenthum der welfischen Familie sei.

Abg. Minnigerode beantragt an Stelle der Worte „150 000 M.“ zu setzen „120 000 M.“

Der Antrag der Kommission wird unter Ablehnung des Antrages v. Minnigerode angenommen.

Um 4^{1/2} Uhr wird die weitere Beratung vertagt bis Donnerstag 11 Uhr.

Parlamentarisches.

— In der Arbeiterschutzkommission, in welche an Stelle der Herren Auer und Pannluch, die einen längeren Urlaub erhalten haben, die Herren Diez und Grillenberger eingetreten sind, fanden am Dienstag und Mittwoch die Anträge betreffs Einschränkung der Frauenarbeit in den Fabriken zur Diskussion. Nach zweitägiger Debatte gelangen folgende Anträge zur Annahme:

§ 136 a, 1. Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, dürfen in Fabriken nicht länger als neun Stunden täglich beschäftigt werden.

Im Falle besonderer Bedürftigkeit kann die Ortsbehörde für einzelne Arbeiterinnen Ausnahmen gestatten.

Arbeiterinnen, deren Kinder das vierzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, sind zur Arbeit in Fabriken nur zuzulassen, wenn sie der Ortsbehörde den Nachweis liefern, daß diese Kinder während der Arbeitszeit der Mutter unter Aufsicht erwachsener Personen stehen. Am Donnerstag gelangen die Anträge betreffs des Verbots der Nacht- resp. Sonntagsarbeit für jugendliche Arbeiter und Frauen zur Verhandlung. Anträge dazu sind von allen Parteien eingelaufen.

Lokales.

Der am 1. l. M. beginnende Umzug muß nach Mitteilung der Polizeibehörde bei kleinen, aus höchstens 2 Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus 3-4 Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. l. M., Mittags 12 Uhr, bei großen Wohnungen am 3. l. M. beendigt sein.

Die Eröffnung der städtischen Markthallen und die damit verbundene Aufhebung der Wochenmärkte wird von vielen je eher, je lieber herbeigewünscht, während andere wieder den diesjährigen Termin je länger, je lieber, womöglich für alle Zeiten hinausgeschoben wissen möchten. Zu diesen letzteren gehören in erster Reihe die Inhaber der in unmittelbarer Nähe der Hauptmärkte gelegenen Restaurationslokale, für welche der rege Marktverkehr die Grundlage ihrer Existenz bildet. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, an einem Markttag ein solches Restaurationslokal zu besuchen, der wird es begrifflich finden, daß diese Restaurateure nicht mit Frohlocken der Aufhebung der Märkte entgegensehen, denn diese bilden die Quelle, aus der ihnen reiche Einnahmen zuströmen. Alle die Markthändler, die sich von nah und fern, zum Theil schon in frühesten Morgenstunden zusammenfinden, benötigen mit Vorliebe diese Lokale zur Bedienung ihrer unabwieslichen leiblichen Bedürfnisse. Der Besuch an den Markttagen ist daher ein ganz enormer, der glückliche Wirth mit seinen Helfern hat vollst alle Hände voll zu thun, um allen Anforderungen seiner Gäste zu genügen und Küche und Keller vermäßig oftmals nicht der Nachfrage zu entsprechen; die Berge von warmen Wurstn, die Eisbeine, die Mittagstopfungen gehen nicht selten schon vor der Zeit zu Ende. Die Pfropfen der Weichbierkrulen fließen unaufhörlich, eine Vierteltonne nach der anderen wird aufgelegt, und in das chaotische Stimmengewirr, in das Geklapper der Gläser und Teller mischen sich wohl auch die schmelzenden Akkorde einer „fliegenden“ Kapelle und verleihen dem Ganzen einen romantischen Anstrich. Ein solcher Markttag ist zwar ein anstrengender Arbeitstag, aber auch ein reicher Erntetag für die Wirthe. Mit Bedienung können sie am nächsten Tage der Ruhe pflegen und Tags darauf mit froher Zuversicht ihre Vorbereitungen treffen für den kommenden Markttag. Zwei solche Tage in der Woche, das genügt! Mit dem Aufhören der offenen Märkte versinken natürlich auch die reichen Einnahmequellen und es ist begrifflich, daß sich diese Gastwirthe nicht für die Markthallen begeistern können. Der ganze Verkehr wird sich fortan hauptsächlich im Innern der Markthallen und der dort befindlichen Restaurationskonzertiren, für die äußeren Restaurateure dagegen, im Vergleich zu jetzt, nur wenig übrig bleiben.

Die Auslegung der Gesetze durch gelehrte Richter führt mitunter zu Ergebnissen, an die der phantastische Kopf nicht denken würde, so lange ihm die Geheimnisse der rechts wissenschaftlichen Auslegungstunft fremd sind. In einem Nachbarsstädtchen von Berlin, dessen Umgebend wegen ihres Wildreichtums von den Berliner Sonntagsjägern vielfach heimgesucht wird — man sagt boshafter Weise, die Hosen wären dort infolge dessen schon ganz jahm geworden — fand nach einem solchen fabeln Jagdtag ein dortiger Vorwerberfänger ein Reh auf seinem Grund und Boden, dem zwei Löwe zerflohen waren. Das Thier war jedenfalls noch eine Strecke weit gelaufen, dadurch den Augen der Jäger entchwunden und wurde nun in diesem traurigen Zustande von dem Befänger auf seinem Grund und Boden gefunden. Mehr als Mitleid mit dem armen Thiere, als aus Habsucht tödtete er dasselbe, da er kein Schießgewehr zur Hand hatte, in allerdings wenig waidmännlicher Weise durch Schläge mit der Axt und verwendete den Körper des Thieres für sich, machte auch von dem ganzen Vorfall kein Hehl und erzählte davon seinen Nachbarn, von denen fast Jeder eine ähnliche Geschichte zum Besten gab, bei der die Pointe dann immer aus die Schickseligkeit der Berliner Jäger gelegt wurde. So sprach sich die Sache herum und der Mann war nicht wenig erstaunt, plötzlich eine Anklage wegen unbefugter Ausübung der Jagd zu erhalten. Er verteidigte sich, so gut er und sein Rechtsanwalt es konnten; vergeblich, vor einigen Tagen ist ihm die höchstinstanzliche Entscheidung zu gestellt, wonach wegen unbefugter Ausübung der Jagd eine

allerdings nur verhältnismäßig geringe Strafe festgesetzt wird. — Was wird der spätere Anteil dazu sagen, wenn er in den Annalen der Rechtspflege das unumstößlich beglaubigte Faktum findet, daß in den märkischen Wäldern noch im neunzehnten Jahrhundert die Jagd — streng im Sinne des Gesetzes — mit der Art ausgeübt wurde?

Arge Enttäuschungen erleben Stellerfuchende, nur zeitlich flüchtige junge Kaufleute, wenn sie sich auf Anzeigen melden, wie es die folgenden sind: „Junge Kaufleute als Reisende für gangbare Artikel gesucht“ — „Junge Kaufleute werden zu einer einträglichen Beschäftigung, 3-6 R. täglicher Verdienst, gesucht“ oder „Provisionreisende für eine 'Neubeit' oder gar „Junge Kaufleute finden guten Verdienst — 18 R. wöchentlich Gehalt bei c.“ In allen diesen Fällen handelt es sich nämlich weder um guten Verdienst, noch um feste Stellung, sondern einzig und allein um Gewinnung von jungen Leuten zur Kolportage von Romanen und Kalender, und um den Abonnementfang für geringwertige Bildblätter. Der junge Mann erhält weder festes Gehalt noch irgend ein Äquivalent, sondern ihm wird nur eine Provision für das Verkaufte zugesandt, die er in sehr seltenen Fällen sofort ausgezahlt erhält. Gewöhnlich muß wochenlang bis zur angestrebten Abrechnung gewartet werden. Und damit ist doch einem feiernden und hungernden Menschen nicht gedient.

Recht appetitlich. Seit längerer Zeit hatte ein in Reinickendorf wohnhaftes Ehepaar einen Fleischhandel eröffnet, in welchem das Fleisch unglaublich billig verkauft wurde. Dem Gebieter Julian kam der Handel verdächtig vor, obgleich das Ehepaar angab, daß es das Fleisch von dem Bruder der Frau P., welcher auf dem Viehhof als Schlächter beschäftigt sei, geschenkt erhalten und deshalb zu billigem Verkauf könne. Der Beamte stellte fest, daß die Frau P. mit einem auf der Abdeckerei thätigen Arbeiter in vertraulichem Verhältnis steht, daß dieser fortgesetzt Fleisch, welches als zur menschlichen Nahrung ungeeignet der Abdeckerei übergeben war, gestohlen und der Frau gegeben hat, die es verkaufte. Dieb und Hehler sind bereits zur Untersuchung gezogen.

In den benachbarten Dörfern werden gegenwärtig von den Amtsvorstehern eingehende Erkundigungen bei den einzelnen Landwirthen eingezogen, bei welchen Vogel- und Viehversicherungen sie versichert sind und ob und eventuell welche Unregelmäßigkeiten in dem Verhalten der betreffenden Versicherungsgesellschaften vorgekommen sind; namentlich wird zu ermitteln gesucht, ob etwa in einzelnen Fällen durch Verzögerung der Schadensfeststellung oder durch ähnliche Umstände ein Druck auf den Versicherten ausgeübt worden ist, um ihn zur Herabminderung der ihm vertragsmäßig zustehenden Forderung zu nötigen. — Diese amtlichen Erhebungen haben natürlich bei den interessierten Versicherungsgesellschaften gewaltig böses Blut gemacht.

Im verfloffenen Jahre sind in Berlin 505 männliche, 170 weibliche Personen auf gewaltsame Weise ums Leben gekommen. Durch fremde Hand wurden getödtet 2 Männer, 4 Frauen, durch Selbstmord kamen um 293 Männer, 92 Frauen, es verunglückten 199 Männer, 67 Frauen; bei 11 Männern, 7 Frauen konnte die gewaltsame Todesursache nicht näher konstatiert werden. Was die durch fremde Hand umgekommenen Personen betrifft, so wurde 1 Person erdrosselt, 1 erstickt, 1 heruntergestürzt, 1 erschossen, 2 erstochen. Von den Selbstmördern wählten den Tod durch Gift 25 Männer, 30 Frauen, durch Kohlenoxyd oder Pechgas 4 Männer, durch Ertrinken 63 Männer, 20 Frauen, durch Erhängen 133 Männer, 29 Frauen, durch Ueberfahren von der Eisenbahn 1 Mann, durch Sturz 7 Männer, 8 Frauen, durch Ertrinken 52 Männer, 2 Frauen, durch Schnitt- oder Stichwunden 8 Männer, 2 Frauen. Es verunglückten durch Gift 5 Männer, 2 Frauen, durch giftige Gase 4 Männer, 2 Frauen, durch Verbrennung 12 Männer, 18 Frauen, durch Ertrinken 2 Männer, durch Ertrinken 10 Männer, 3 Frauen, durch Ertrinken 9 Männer, 2 Frauen, durch Schlag 1 Mann, 1 Frau, durch Blitzschlag 2 Männer, durch Ertrinken 2 Männer, 1 Frau, durch Ueberfahren 32 Männer, 4 Frauen, durch Sturz oder Fall 115 Männer, 24 Frauen, durch Schnittwunden 1 Mann, in Folge einer Operation starben 3 Männer, 10 Frauen. Da im verfloffenen Jahre in Berlin 31 493 Personen gestorben sind, so beträgt der Anteil der gewaltsam Umgekommenen 2,1 Prozent, eine Zahl, die keineswegs geringfügig erscheint.

Die Polizeibehörde von Hamburg theilt mit, daß durch rechtssträfliches Verbrechen des dortigen Landgerichts vom 23. Januar 1886 der Buchhändler Ferdinand Ludwig Gustav Kramer wegen Verbreitung der unschönen Schrift: „Die Geschichte der Prostitution“ auf Grund des § 184 des Strafgesetzbuchs in eine Gefängnisstrafe von 40 W. event. 8 Tage Gefängnis verurtheilt worden ist und daß die vorgefundenen 482 Exemplare dieser Schrift vernichtet worden sind. — Der Buchhändler Herr Kramer war es, der in einer für Schüler bestimmten Anzeige diese und ähnliche erdliche Scherzreden empfahl und als Antwort auf die darüber gemachten Bemerkungen mit Anstrengung von Klagen drohte. Die Sache hat nunmehr durch seine Verurteilung ihre Erledigung gefunden.

Gerichts-Zeitung.

Die Reichstagsabgeordnete Ludwig Löwe und Paul Singer, vertreten durch den Rechtsanwalt Freudenthal, traten gestern vor der 99. Abtheilung dieses Landgerichts als Privatkläger gegen den Agenten Gottlieb Bäckmann, ein bekanntes Mitglied des deutschen Antisemitentums, auf. Zum 24. November v. J. war in dem Hofmannschen Restaurationslokal, Dresdenstr. 27, eine Sitzung der Sachkommission der Richter einberufen, zu welcher bei 9 Uhr Abends erst 4 Mitglieder erschienen waren. Dieselben unterhielten sich über die über die Chancen der Arbeiterkandidaten. Der im Lokal anwesende Angeklagte trat an die diskutierenden Herren mit den Worten heran: „Daß die Arbeiter wählen, ist ja ganz gut, aber daß sie so dumm sind, Juden zu wählen, begreife ich nicht. Singer ist ein Schuft, und eben solcher Schuft ist Ludwig Löwe.“ Die Angeprochlenen verbat sich wiederholt jede Einmischung des Angeklagten in ihre Unterhaltung, dieser fuhr aber zu schimpfen fort und namentlich äußerte er wiederholt: „Singer und Löwe sind Schweine, Hallunken, einen größeren Schuft als Singer giebt es überhaupt nicht.“ Das war den vier Mitgliedern der Sachkommission, die sich in ihrem Reichstagsvertreter ebenfalls schwer verletzt fühlen, zu viel, sie ließen daher durch einen Sachmann den Angeklagten zur Ruhe bringen und dessen Rationale feststellen. Beim Schiedsmann beanspruchten beide Kläger nur, daß der Beschuldigte die ausgesprochenen Beleidigungen zurücknehme, darauf ging derselbe aber nicht ein. Im gestrigen Termin gab er an, von nichts zu wissen, auch die Bestimmung als der zur Feststellung gebrachte lästige Aufdringling relognosziert wurde. Die Antezedentien des Angeklagten, der nach dem Gutachten der Zeugen bei vollständigem Verstand und Schlimmensinn nur im geringsten Grade angehalten war, sind keine günstigen; wegen Beleidigung ist er mindestens 4 mal, und zuletzt mit 3 Wochen Gefängnis, vorbestraft. Nichtsdestoweniger belegt ihn der Gerichtshof für die so schweren Beleidigungen der Privatkläger nur mit einer Geldstrafe von 30 Mark event. 6 Tagen Gefängnis und spricht den Beleidigten die Publikationsbefugnis im „Berl. Tagebl.“ zu. Wie wenig die erkannte gelinde Strafe angebracht ist, geht aus dem Umstande hervor, daß der Angeklagte nach beendeter Sitzung auf dem Gerichtsterritor auf „die verdammten Judenrechte“ schimpfte.

Gegenwärtige Ueberlieferung trug dem einen der Konventen, dem Kaufmann Falkenberg, eine Strafe wegen Verunglückung von 20 Mark event. 4 Tagen Gefängnis ein. Der An-

geklagte bot nämlich in den Beiträgen ein Mittel gegen die Trunksucht für 6 Mark an. Ein Konkurrent von ihm bestellte unter einem fremden Namen nach außerhalb hin das Mittel gegen Postnachnahme, um ihn alsdann wegen Verkaufes von Arzneimittel zu denunzieren und um das corpus delicti beizufügen zu können. Der Angeklagte, welcher durch irgend einen Juweller hiervon Kenntnis erlangte, sandte zwar ein Päckchen ab und nahm 6 R. dafür nach; in demselben befand sich aber nur das Rezept zu dem Mittel und eine große Masse von Papierschnitzeln. Der Konkurrent honorierte in dem Päckchen das richtige Mittel zu erhalten, die Postnachnahme, und ist somit der Reingefakene. Das Ende von der Sache war aber doch der Reinsfall des Angeklagten, welcher gestern von der Berufungskammer zu obiger Strafe verurtheilt worden ist.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Zum Streik in der Ristenfabrik von Simon und Müller. Die Lohnkommission der Ristenmacher veröffentlicht folgendes: „Da die Kommission von den genannten Arbeitgebern den Bescheid erhielt, daß letztere nach dem vom Verein aufgestellten Preistarif nicht bezahlen wollen und Alles aufbiehen werden, diesem Preistarif entgegenzuarbeiten, und da durch dieses Vorgehen der Arbeitgeber eine große Schädigung der Kollegen entsteht, bitten wir alle Kollegen, den Bezug von der Werkstatt der Herren Simon und Müller — welche sich früher der größten Achtung in Kollegenkreisen zu erfreuen hatten, und für deren Interessen beide genannten Herren früher thätig mitarbeiteten — streng fernzuhalten. Weder hat der Kollege Pfärrig an Stelle der Streikenden in der Werkstatt Arbeit genommen, wir erwarten jedoch, daß es bei diesem Einem bleibt. Die Kommission.“

Die Herren Simon und Müller bitten uns um Aufnahme folgender Notiz: „An Betreff des Auftrags der Ristenmacher, welche in unserer Werkstatt die Arbeit eingestellt haben, theilen wir mit, daß es unwahr ist, daß von uns die schlechtesten Löhne gezahlt werden. Daß wir indeß nicht nach dem vor 3 Jahren aufgestellten Tarif bezahlen, ist richtig. Wir können deshalb nicht nach diesem Tarif bezahlen, weil dies kein einziger Arbeitgeber thut. Wollten wir allein den Tarif hochhalten, so wäre unser gänzlicher Ruin die unabweidliche Folge, falls nicht in allen Ristenfabriken Bezahlung nach diesem Tarif verlangt wird. Wir meinen, daß ein partieller Streik bei kleinen Fabrikanten, wie wir es sind, nur dazu angethan ist, diese gänzlich verschwinden zu machen und dem Großbetrieb Thür und Thor zu öffnen. Weßhalb fängt man nicht bei den großen Fabrikanten an, sondern bei den kleinen, welche oft weniger haben, als der Arbeiter? Die Verständigung mit der Lohnkommission scheiterte übrigens nur an dem unqualifizirbaren Auftreten des Herrn Bahrmann, wodurch dieser sich sogar einen Verweis des Herrn Schalle (Mitglied der Lohnkommission) zuzog. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Unterzähneln auch fernherhin — wenn es gilt für die Arbeiterfrage einzutreten — ihre Schuldigkeit thun werden. Wenn aber die Mitglieder der Lohnkommission, welche bei großen Fabrikanten arbeiten, selbst dort nicht richtig nach dem Lohnarif bezahlt werden, wie kann man dann von uns die tarifmäßige Bezahlung verlangen? Simon und Müller.“

Vereine und Versammlungen.

„Soziale Fragen“ lautete das Thema, über welches der Reichstagsabgeordnete Herr Hasenclever in der imposanten Volksversammlung sprach, die am Dienstag, den 18. d. M., in „Sankt-Johann“, Rothbühlstr. 4a, unter Vorsitz des Herrn Jubeil stattfand. An 3000 Personen hatte der große Saal und die Galerien aufgenommen und noch mehr Hunderte wieder umkehrten, da wegen der herrschenden Ueberfüllung die Thüren gesperrt wurden. Von sümmlichem Beifallsjubel begrüßt, führte der Referent etwa folgendes aus: Wenn vor ungefähr 20 Jahren jemand von der sozialen Frage redete oder reden wollte, gab es eine Menge von Leuten, die da sagten, es gebe gar keine soziale Frage, man lebe in der besten aller Welten, und niemand sei mit dem Lauf der Dinge unzufrieden. Und alle diejenigen, welche sich um die soziale Frage kümmerten, wurden verdächtigt, sie wollten selbstsüchtige Zwecke verfolgen, sich einen Namen machen und auf Kosten der Arbeiter leben, oder man sagt, sie seien Unruhstifter, die nur Haß und Zwietracht in die Gemüther säen wollten; ja triumphierend rief Ende der 60er Jahre Herr Bischoff, der österreichische Ministerpräsident, aus: In Oesterreich haben wir keine soziale Frage! — Das ist nun alles im Lauf der Zeit anders geworden. Jetzt beschäftigt sich jeder Mann, jede Partei, ja selbst die Regierung mit der sozialen Frage. Die liberale Partei war es, die ihrem wirtschaftlichen Grundsatz: Nachausbildung des mobilen Kapitals, getreu am längsten behauptete, alles sei vorzüglich. Aber auch in dieser Partei ist eine Aenderung der Anschauung eingetreten, wenn auch nicht in der Art, daß sie etwa die soziale Frage im Sinne des Arbeiterstandes lösen wollte. So wenig positives Schicksal gelehrt hat, er hat doch den Affektgedanken angeregt, in dem ein Körnchen Wahrheit steck, das man anerkennen muß. Mag man über die Gewerkschaften denken wie man will, mag man sie belächeln, weil sie so manches Gehirn verflüchten (Heiterkeit), sie erkennen doch die soziale Frage an, sie versuchen sich doch in ihrem Sinne an der Lösung. Selbst die Partei also, die alles gehen lassen will, wie es geht, greift ein in den naturgemäßen Verlauf der Dinge und wird ihrem wirtschaftlich-liberalen Prinzip antreu. Es ist gut, daß es auch in diesen Köpfen zu dämmern anfängt. (Bravo.) Auch die konservative Partei erkennt die Existenz einer sozialen Frage an. Sie will hauptsächlich der Landwirtschaft unter die Arme greifen, dann haben, so sagt sie, auch die industriellen Arbeiter höhere Löhne. Darin liegt das Zugeständnis, daß es den Arbeitern schlecht geht und daß seine Noth kein müßiges Agitatorengeschwätz ist. (Bravo.) — Die fromme katholische Partei vertritt den Arbeiter allerdings auf den Himmel, aber sie kann sich doch nicht ganz der Aufgabe entziehen, ihm schon auf Erden Erleichterungen zu schaffen. Vor durchgreifenden Mitteln, die dem Uebel an die Wurzel gehen, spricht sie freilich zurück, der Arbeiter hätte dann ja die himmlische Belohnung nicht mehr nötig, die ihm versprochen wird, wenn er hier viel darbt, zu Gunsten einer kleinen Minderheit. (Stürmischer Beifall.) Solche Arbeiterfreundlichkeit ist bei diesen drei Parteien dann am meisten vorhanden, wenn es zur Wahl geht, aber das Eine ist jedenfalls erreicht, sie gestehen zu, daß es eine Arbeiterfrage giebt und daß ist ein großer Schritt zur Lösung. (Sehr richtig.) Auch die deutsche Reichsregierung verfuhr in offiziellen und offiziellen Proklamationen, daß sie der Arbeiterklasse helfen wolle. Daraus geht hervor, daß die Arbeiterklasse hilflosdarf ist, denn man kann nur den aus dem Wasser ziehen, der darin liegt. Dann muß sie auch zugeben, daß die Arbeiterklasse, die im Elend steht, selbst die Wege angiebt, die aus dem Elend herausführen. — Die sozialdemokratische Partei nennt seit 23 Jahren diese Wege, welche die soziale Frage im Sinne der Arbeiter lösen. Und nun stehen wir ja auch mitten in sozialer Reform. Ich bin durchaus kein Gegner verständiger, volkshämlicher Reformen. Es ist nötig, das Volk emporzuziehen und zu kräftigen, damit es sich in der Befolgung weiterer Ziele später besser hilft, als jetzt. (Beifall.) Aber betrachte man doch die Sozialreform der Regierung, das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und das Gesetz über die Altersversorgung der Arbeiter, das noch immer nicht da ist, wenn es auch eine schwierigere Materie zu regeln hat. Die beiden vorhandenen Gesetze athmen einen Geist bürokratischer Verwaltung und polizeilicher Bevormundung (Beifall). Dem Arbeiter sind

gewaltige Leistungen auferlegt worden und er darf die Gelder nicht einmal selbst verwalten, die er aufbringt. Es ist sehr fraglich, ob ein verheerendes Haftpflichtgesetz nicht tauglicher gewesen wäre, als das jetzige Unfallversicherungsgesetz, das nicht weiter ist als eine Hülfsleistung für die Unternehmer. Wenn das Altersversorgungsgesetz in derselben Art ausgeführt ist, werden wir dagegen klammern. (Bravo.) Die großen Mittel, die hier nötig sind, kann der Arbeiter nicht aufbringen, hier muß der Staat mit seiner Macht einwirken. Der Staat, der weit über 1/2 Milliarde Mark jährlich für Militärzwecke ausgibt, kann dafür sorgen, daß der Arbeiter nicht am Abend seines Lebens zu betteln braucht. (Stürmischer Beifall.) Als Grundfatz sollte für die drei Gesetze gelten: Bei der Krankenversicherung zahlt der Arbeiter Alles und verwaltet Alles; bei der Unfallversicherung zahlt der Unternehmer Alles, denn die Unfälle sind im Dienste des Kapitalismus geschehen, und hat die ganze Verwaltung in Händen; bei der Altersversorgung ist der Staat verpflichtet, alles zu zahlen, denn in seinem Kulturdienste sind die Arbeiter grau geworden. (Beifall.) Diesen Standpunkt werden wir vertreten, wenn das Gesetz über die Altersversorgung vorliegen wird. Die Beitragspflicht des Staates werden wir energisch betonen. — Alle diese Versicherungsgesetze haben aber nur den Sinn, daß sie schon vorhandene Schäden heilen, schon ausgebrochene Krankheiten kurieren sollen. Der moderne Arzt, der Angewandter, aber sorgt dafür, daß eine Krankheit gar nicht entstehen kann. Was für den einzelnen Menschen gilt, gilt für den ganzen Staatskörper. Auch die sozialen Krankheiten sollen nicht zum Ausbruch kommen und das einzige Vorbeugungsmittel ist eine vernünftige Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie der Entwurf unserer Partei angiebt. Betonen wir immer und immer wieder diese Forderungen, lassen wir den Ruß nicht sinken; was heute nicht ist, kommt morgen. (Beifall.) Wenn die Arbeiter einmüthig hinter ihren Vertretern stehen, werden dieselben immer wieder zur Altiague vorgehen, damit es endlich klar werde in den Köpfen. (Bravo.) — Zum Schluß habe ich noch eine Frage zu berühren, die Frage nach der Nützlichkeit der Fachorganisationen. Wohl ist es richtig, daß zur die Gesetzgebung, der Ausdruck des großen Volkswillens, die soziale Frage zu lösen im Stande ist. Aber es kann gewisse Zeit verstreichen, bevor wir soweit sind. Bis dahin giebt es nur ein Mittel, wenn auch nicht die Noth zu enden, so doch kleine Vorbehalte dem Arbeiter zu verschaffen, das Haubertwort: Vereinigung der Kräfte! Ich bin kein Freund der Streiks; aber es liegt in der Natur der Dinge, daß jeder, der sich gedrückt fühlt, sich zum Widerstande aufrüstet und an diesem Freiheits- und Erleichterungsgedanken, der im Streik vorhanden ist, sollte man nicht hochmüthig vorbeigehen. Aber gut organisiert muß man sein, denn eine Niederlage der Arbeiter erhöht den Uebermuth des Kapitals. Aber abgesehen von diesen kleinen Eroberungen im wirtschaftlichen Kampfe, so liegt der Hauptwerth der Fachorganisationen darin, daß sie das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, des Pflichtbewußtseins im Arbeiter erhöhen, und es ihm nahe legen, sich dem großen, sozialen Ziele, der Emanzipation der Arbeit, anzuschließen. (Stürmischer Beifall.) Nun überdies, man unterschätze aber auch nicht die Fachorganisation. Die Bedeutung der Einigkeit wird von den Arbeitern vielmehr verstanden, als von allen andern Klassen, weil der einzelne Arbeiter viel ohnmächtiger ist, als jeder andere. Ein Rothschilde repräsentiert in sozialer Beziehung 100 000 Arbeiter. Da wir nun keine Rothschilde sind, so müssen wir die hunderttausende zusammenschaffen, zu einem Willen und einem Gedanken vereinigen. (Stürmischer Beifall.) Einzelne kann man die Arbeiter unterdrücken, die zusammengefaßte Arbeitermasse nie und nimmermehr! (Stürmischer Beifall.) — In der Diskussion sprach zunächst Thaler Herr Nölke und verlangte, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Gesetzentwurf über die Altersversorgung ausarbeite und einbringe, da die Regierung zu lange warte. — Sodann nahm ebenfalls von stürmischem Beifall begrüßt, Reichstagsabgeordneter Wagners das Wort, um die von dem Referenten angeregten Gedanken noch weiter auszuführen und neue Gesichtspunkte hinzuzufügen. Er wies auf die „Vogel-Strauß-Politik“ der herrschenden Klassen hin, die rathlos hin- und herläufe und nicht wisse, was sie der sozialen Gefahr gegenüber machen solle. In dem Chaos der Unwissenheit und Unfähigkeit der herrschenden Parteien sei es die Arbeiterpartei allein, die mit klarem und demüthtem Willen ihr festes Programm vertrete. Dann kam der Redner auf die „bescheidene“ Forderung des Professor Wagner zu sprechen, die Sozialdemokratie solle mit Saft und Pack in das konservative Lager abmarschiren, weil er (Prof. Wagner) einige Forderungen der Sozialdemokraten billige. Wenn man die Prinzipien der Arbeiterpartei für richtig halte, solle man sich in ihre Reihen begeben! (Beifall.) Die herrschenden Klassen wollten aber von ihren Vorrechten, Privilegien und Monopolen nichts aufgeben. Eine jede soziale Reform jedoch, die nicht die bis jetzt bestehenden Vorrechte umstoße, sei keine Sozialreform. Auf die Verwirrung, eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei zwischen Radikalen und Gemäßigten zu konstruieren, wie die Oströgen es wünschten, werde man niemals geben. Die Pläne der konservativen Partei, das Wahlrecht zu beschränken, seien zu deutlich. Die Herren wollten den Arbeiter nicht als gleichberechtigten Faktor anerkennen. Wer das Wahlrecht angreife, sei kein Freund des Volkes. (Beifall.) Einig und geschlossen sei die deutsche Arbeiterpartei zu ihrem Siegeslaufe gekommen, sie werde auch fernherhin alle Hoffnungen der Gegner zu Schanden machen. Die Weltschmerzliche lasse sich nicht machen, aber auch nicht aufhalten. Die „Christianisierung“ des Kapitals bestehe nicht. Die Eigentumsordnung ist nicht von Gott, sondern eine historische Kategorie, die verschiedene Wandlungen durchgemacht habe und durchmachen werde. (Stürmischer Beifall.) — Zum Schluß berührte der Redner den Streik der Bergleute in Decageville und lobte die neutrale Haltung des Kriegsministers Boulanger und seine Ansichten, die er in der französischen Deputirtenkammer vertreten habe. Die Idee werde sich schließlich überall Bahn brechen, daß mit der Spitze der Bononette eine geistige Idee, eine Kulturidee nicht zu unterdrücken sei. (Stürmischer Beifall.) — Nachdem noch Herr Löschle gesprochen und Herr G. Schulz das „Berliner Volksblatt“ als einziges Arbeiterorgan empfohlen hatte, nahm der Reichstagsabgeordnete Hasenclever in seinen Schlussworten Gelegenheit, das Verlangen, welches Herr Nölke gestellt hatte, zu besprechen. Er wies darauf hin, daß die Regierung sich für das Altersversorgungsgesetz engagiert habe und daß die Fraktion nicht nöthig habe, sich die Köpfe der hohen Regierung zu zerbrechen. Doch würden ab und zu, vielleicht zu Anfang der nächsten Session, öffentliche Anfragen an die Regierung gestellt werden, wie es denn mit diesem Gesetze stehe. Sollte die Regierung dann eingestehen, sie sei unfähig, ein solches Gesetz vorzulegen, so könne man dann ja sagen, daß man es seinerseits versuchen wolle. Das würde ein viel wirkungsvollerer Effekt sein. Die Absicht der Konservativen, das Wahlrecht zu verkürzen, bestche thatsächlich. Sie würden beantragen, das Wahlalter auf 30 Jahre festzusetzen. Die Sache sei nicht so ungeschicklich, wenn auch zu hoffen wäre, daß der Reichstag den Antrag ablehnen werde. — Zu dem sogenannten Zwiespalt in der sozialdemokratischen Fraktion bemerkte der Herr Hasenclever zum Schluß etwas folgendes: Was ist denn dieser Zwiespalt und diese Zwietracht? Hauptsächlich verschiedene Leute sitzen in unserer Fraktion; das sind verschiedene Köpfe, 25 verschiedene Temperamente, 25 verschiedene Charaktere! Daß da bei einigen untergeordneten Fragen eine abweichende Meinung herrschen kann, ist selbstverständlich. Niemals aber herrscht Uneinigkeit in einer prinzipiellen Frage; in den Fragen des Prinzips sind wir einig. Wir stehen alle auf demselben Pro-

gramm und haben als Ziel im Auge, die Partei hochzuhalten und die Arbeiterfrage zu lösen. Ich glaube, wir sind alleamt braue Soldaten in dem großen Befreiungskriege der Menschheit! (Stürmischer Beifall.) Mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie, in welches die Versammlung begeistert einstimmte, schloß der Vortrag die Versammlung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. Bezugnehmend auf unseren Aufruf vom Dezember vorigen Jahres fordern wir diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, auf, dieselben schleunigst an unsere Kassastellen abzuführen. Gegen die Mitglieder, welche obiger Aufforderung nicht nachgekommen, sind wir, laut Rundschreiben des Zentralvorstandes, genöthigt, die Bestimmungen des Statuts — nach welchen Jeder, der 6 Wochen-Beiträge schuldet, gestrichen werden kann, wenn derselbe keine Stundung beantragt und erhalten hat — in Anwendung zu bringen. Desgleichen ersuchen wir die Herren Arbeitgeber, bei denjenigen ihrer Arbeiter, welche vorgeben, obiger Kasse anzugehören, die Mitgliedsbücher nachzufragen, und sich zu überzeugen, ob der betr. Arbeiter der Kasse angehört, und hauptsächlich ob derselbe auch seine Beiträge bezahlt; es könnte sonst leicht der Fall eintreten, daß das Mitglied bei uns gestrichen ist und der Arbeitgeber im Ertrahungsfall die Kurkosten zu zahlen hat. — Die Ortsverwaltung Berlin.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 14. d. M., fand hier in Bernhard's Salon unter Vorsitz des Herrn Nieder eine große Volksversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Das Branntweinmonopol. Referent: Reichstagsabgeordneter Herr Viehnecht. 2. Wie stellen sich die Charlottenburger Arbeiter zum Arbeiterverein? 3. Vorlegung der Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung betreffs Errichtung einer städtischen Sanitätswoche und Volks-Badeanstalt. Da der Referent Herr Reichstagsabgeordneter Viehnecht leider am Erscheinen verhindert war, übernahm Herr Oskar Krohm das Referat über das Branntweinmonopol, welches er in sachlicher Weise kritisierte und namentlich die Stellungen der verschiedenen Parteien dazu beleuchtete, wobei er gleichzeitig auf deren Stellung zum Sozialistengesetz hinwies. Die Versammlung sollte dem Referenten lebhaften Beifall für seine

Ausführungen. Eine dem Referat entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. In der Resolution spricht die Volksversammlung zugleich ihr Bedauern darüber aus, daß kein Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Versammlung erschienen sei. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen den Herren Krohm, Gehrle, Schacht und den Leitern der Versammlung über den alten Verein, der den Namen Arbeiterverein des Wahlkreises Zehlendorf-Beckow-Storkow-Charlottenburg führt, und über die Stellung der Arbeiter Charlottenburgs zu diesem Verein. In der Debatte traten die Herren Gehrle und Schacht mehrmals gegen Herrn Krohm auf, wurden aber von diesem und dem Leiter der Versammlung widerlegt. Die Gründung eines besonderen Vereins für die kommunalen Interessen Charlottenburgs wurde abgelehnt und auf den bestehenden Verein verwiesen. Zum 3. Punkt wurde von Herrn Nieder eine Petition an die städtischen Behörden verlesen und von der Versammlung einstimmig angenommen. An der Debatte darüber betheiligten sich die Herren Krohm, Gehrle, Schacht und Nieder. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Arbeiterpartei wurde die Versammlung nach 3 1/2 stündiger Dauer von Herrn Nieder geschlossen.

* **Demokratischer Verein zu Berlin.** Gedächtnisfeier zur Erinnerung an den 18. März, Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (Garten-Saal), Ansprachen.

* **Arbeiterinnen-Verein.** Versammlung am Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79. Vortrag des Herrn Vimprecht. Thema: Das Volkstied. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt.

* **Verband deutscher Zimmerleute.** (Vollverband Süd und Umgegend). Versammlung am Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr, Mariannenstr. 31/32, Industriehallen. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Betreffs der Delegirten zum Handwerkerkongress. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten.

* **Große öffentliche Eisenbahn-Arbeiter-Versammlung** Freitag, den 19. März, Abends 9 Uhr, in der „Urania“, Wangelstr. 9-10. Tagesordnung: Die Lage der Eisenbahn-

Arbeiter. Referent: Herr Kördel. Arbeiter anderer Branchen haben Zutritt. Abgeordnete sämtlicher Parteien sind hierzu eingeladen.

* **Öffentliche Volksversammlung für Frauen und Männer** heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, in der „Urania“, Wangelstr. 10. Tagesordnung: Vortrag der Frau Kolbe über „Die Frauenfrage.“ Diskussion. Verschiedenes.

Letzte Nachrichten.

Zur Frankfurter Friedhofs-Affäre wird noch gemeldet: „Nach Beendigung der Beweisaufnahme fragt Rechtsanwalt Goldheim, ob dem Angeklagten Meyer bekannt war, daß im Hofe der Kommandantur eine Reserve von Polizeimannschaften aufgestellt worden war; er bitte darüber den Polizeirath von Hase und den Direktor Langer als Zeugen zu vernehmen. Ersterer deponirt, darüber nichts zu wissen, jedenfalls sei eine solche Anordnung nicht von ihm ausgegangen; Polizeidirektor Langer erklärt, eine Reserve von 10 Mann sei dorthin gelegt worden, weil die Möglichkeit bestand, daß der Zug schon am Sterbehause aufgelöst werden müßte, wegen eventueller Vorgänge auf dem Friedhof sei jene Reserve nicht bestellt worden. Schumann kein eidlich, daß der Kommissar Meyer nicht nur den Gebrauch der Waffe, sondern auch die Mitnahme schief geladener Revolver befohlen habe. Der Angeklagte stellt dies in Abrede, worauf der Zeuge erwiderte, er läge nicht, ohne den Befehl des Kommissars hätte er die Schuwaffen nicht an die Schulleute Georg und Kolbe vertheilt, es habe der strikte Befehl zur Mitnahme der Schuwaffen vorgelegen. Der Schumann weiter, welcher die vor dem Friedhofe aufgestellte bewaffnete Schuwachmannschaft kommandirte, behauptet, er und seine Leute hätten den Säbel gezogen, aber nicht in die Aktion eingegriffen. Die Zeugenerklärung ist hiermit geschlossen. Der Staatsanwalt stellt nach einstündiger Rede den Strafantrag und zwar gegen Meyer 3 Monate Gefängniß, gegen den Schumann Wängleit auf 2 Monate, gegen den Schumann Hohmann auf 3 Wochen, gegen den Schumann Schweiger auf 5 Tage und gegen Legendeder auf 6 Wochen.“

Theater.

Donnerstag, den 18. März.
Opernhaus. Alessandro Stradella, romantische Oper in 3 Akten mit Tanz von W. Friedrich.
Schauspielhaus. Was ihr wollt! Lustspiel in 4 Akten von Shakespeare.
Deutsches Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Wallner-Theater. Gastspiel des Herrn Ernesto Rossi. Der Königsleutnant.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. 3 Müller.
Friedrich - Wilhelmstädtisches Theater. Der Jägerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Lustspiel und 3 Akten von Jakobson und Willen.
Louisenstädtisches Theater. Abracadabra.
Central-Theater. Der Stab - Trompeter.
Victoria-Theater. Resalina.
Ostend-Theater. Der Weiermann und sein Pögelein.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Dienstag, den 16. d. M., verschied nach langem, schwerem Krankenlager unser Kollege, der Klaviaturist **Wilhelm Schneider.** Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. d. M., Vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle der Thomas-Kirchengemeinde, Bräuer Gasse, aus statt. Die Kollegen [1026] der Neumeyer'schen Pianoforte-Fabrik.

Große Volks-Versammlung am Freitag, den 19. März, Abends 8 Uhr, in **Donath's Lokal, Alt-Neubau 89-90.** Tagesordnung: 1. Das Wahlgesetz zum Deutschen Reichstage. Referent: Reichstags-Abgeordneter Herr W. Hasenclever. [1030] 2. Diskussion. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Der Einberufer: **G. Bieg, Bändelstraße 32.**

Große Schneider-Versammlung heute, Donnerstag, den 18. März, Abds. 8 1/2 Uhr, im **Deutschen Vereinshaus, Wilhelmstr. 118.** Tages-Ordnung: [1028] 1. Die heutige Produktionsweise und ihre Erscheinungen. Referent: Herr Reichstags-Abgeordneter W. Pfannkuh. 2. Die neuen Gewächse in der Friedrichstadt. 3. Ergänzungswahl der Lohnkommission. Um zahlreichen Besuch bittet **Die Lohn-Kommission.**

Große öffentliche Eisenbahn-Arbeiter-Versammlung Freitag, den 19. März, Abends 9 Uhr in der „Urania“, Wangel-Strasse Nr. 9-10. Tages-Ordnung: Die Lage der Eisenbahn-Arbeiter. Referent Herr Kördel. [1029] Arbeiter anderer Branchen haben Zutritt.

Öffentliche Versammlung des Jahvereins sämmtl. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter Sonntag, den 21. d. M., 10 1/2 Uhr, Köpcke-Strasse 168. L. D.: Vortrag, Verschiedenes. Um zahlreichen Erscheinen ersucht Der Vorstand. Gäste willkommen. [1022]

Öffentliche Quittung über gesammelte Gelder für die streikenden Knopfabriker Berlins im Betrage von R. 38,16, welche die Zeller-Versammlung der öffentlichen Volksversammlung am 16. d. Mts. in Sanssouci ergab, erhalten zu haben, bescheinigt [1031] Der Vorstand.

Gute elegante Herren- und Knaben-Garderobe in großer Auswahl. Gute getr. Hosen v. 2 R. an. D. Sommerfeld, Dranienstr. 199. [848]

Sophas und Matratzen sowie Polsterwaaren werden gut und aufs Billigste hergestellt. [994] **H. Prämmer, Lindenstraße 107.**

Gute alte Betten, sowie 1 Lehnstuhl, billig zu verk. D. Sommerfeld, Dranienstr. 199. [847]

Arbeitsmarkt. Zweiter Meister in Steinmühlknopf-Fabrik nach Amerika verlangt [1018] **H. Sprugler, Berlin, Dranien-Strasse 8.**

10 Knopflocharbeiter auf Tricot verlangt **H. Stöppel, Weberstr. 23.** [1023]

Große öffentliche Volksversammlung

Freitag, den 19. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Andreasstr. 21, Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten **Bebel** über: „Die Ursachen und Wirkungen der Krisen und die Sozialreform.“ 2. Diskussion. [1027] **Der Einberufer.**

Einem geehrten Publikum empfehle mein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal** Reichhaltiger kalter und warmer Frühstück-, sowie Mittagstisch v. 12 bis 2 Uhr, mit Bier à Rouvert 50 Pf. **Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter.** **Hermann Stramm, Restaurateur, Skalitzerstr. 18.** [1027]

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik [1026] **A. Schulz, Wassertorstr. 34 (auch Theilzahlung). Reelle Waar garantiert.**

Die billigste und interessanteste Zeitung Hamburgs!
Die Hamburg-Altonaer „Tribüne“
18. Jahrgang — 2. Quartal — 18. Jahrgang
erscheint vom 1. April ab täglich, außer Montags, in größtem Zeitungsformat und bringt in jeder Nummer auf der Titelseite eine größere humoristische Illustration.
Abonnementspreis pro Vierteljahr Mark 3,90, „ 3 Monate „ 2,60, „ 1 Monat „ 1,30.
Abonnements nehmen alle Postanstalten entgegen.
Die Hamburg-Altonaer „Tribüne“ enthält in einem Leitartikel „Aus der Vogel-schau“ und in einer politischen Uebersicht eine Darstellung aller politischen Ereignisse, in fesselnder Weise geschrieben. — Die Reichs- und Landtags-, sowie Herrenhaus-Berichte, Ferner den Gerichtsaal Hamburgs, darunter die humoristisch geschilderten, hochinteressanten polizeierichterlichen Fälle; — den auswärtigen Gerichtsaa; — die Lokal-Chronik, in welcher alle in Hamburg und auf Hamburger Gebiet vorkommenden Ereignisse, Unglücks-fälle, Verbrechen und sonstige Stadtneugierigkeiten in wahrheitsgetreuer und oft pikanter Weise mitgeteilt werden; — die beliebten „historischen Skizzen aller Länder“, sowie „aus alter Städte Chronik“; — „Hamburger Döhnes“, — Typen aus dem alten Hamburg; — „Jüdische Geschichten“; — die lomische Lutti Feuilleton; Berichte aus der weiten Welt; — Artikel über vaterstädtische und allgemeine Angelegenheiten, Börse und Handel etc. — und für die immer zahlreicher werdenden Leser aus dem Lande: **Kleine Zeitung für den Landmann** (Agricultur-Berichte, Getreidepreise, „Technische Mittheilungen“ u. s. w.) — Im Feuilleton findet der Leser, außer der Gallerie höchst interessanter Justizmorde (die fortgesetzt wird), Original-Kriminal- und andere Romane der berühmtesten Autoren, Gedichte, Kunstkritiken, Todeschau berühmter Männer etc. — Jede Sonntags Nummer enthält die beliebte **Laternen von Hamburg**, die von der ersten Nummer des Erscheinens an bis heute ihre größte Zugkraft bewahrt hat. — In einem Briefkasten wird jedem Leser Rath und Auskunft ertheilt. — Den Lesern der allwöchentlich in der „Tribüne“ erscheinenden „Preisrätsel“ bietet sich Gelegenheit zur unentgeltlichen Erwerbung von „Prämien“ in prachtvoll künstlerisch ausgeführten „Delbrudbildern“ bestehend! — Trotz dieses mannigfachen, reichen Inhaltes, zumal durchweg Original, wie ihn kein zweites Blatt bietet, beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis der täglich erscheinenden Zeitung nur 3 Mark 90 Pfg., also pr. Nummer nur 5 Pfg.
Die „Hamburg-Altonaer Tribüne“ erfreut sich bekanntlich der allgemeinsten Beliebtheit und ist unbestritten die gernelesenste, weitverbreitetste Zeitung der zweitgrößten Stadt Deutschlands.
Sie empfiehlt sich deshalb auch sehr zu Inseraten aller Art, die, per Zeile mit 30 Pfg. — im Reklamentheil mit 1 Mk. — berechnet, die weiteste Verbreitung finden.
Expeditionen werden gegen hohe Provision in allen Städten, Flecken und Dörfern errichtet und belieben sich Respektanten, wozu sich namentlich Gemeindevoten, Wirthe, Buch- und Papierhandlungen etc. eignen, in portofreien Briefen an die Expedition der Hamburg-Altonaer „Tribüne“ zu wenden.
Berlag der Hamburg-Altonaer „Tribüne“
[1021] in Hamburg.

Alhambra-Theater. [851] Wallnertheaterstraße 15. Heute und folgende Tage: **Der Dämon des Spiels.** Volksschauspiel mit Gesang in 4 Akten. Vor der Vorstellung: **Gr. Konzert der Hauskapelle.** Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr. **Wass haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.** **Passage 1 Treppe, 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.** [852] **Kaiser-Panorama.** II. Abth.: Amerika, Kalifornien, Baden-Heidelberg, Konstanz, Wiesbaden etc. **Hertha-Reise.** a Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. **Alle Freunde und Bekannte mache auf mein** **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal** aufmerksam. Bairisch-Bier à Seidel 10 Pfg., Weiß 20 Pfg. **C. Pfister, Waldemarstrasse 61.** [1032] **Neu Admiralsstr. 38 G. Sottko.** Admiralsstr. 38 **Kräftige Bouillon** von 10 Uhr ab à 15 Pf. **Mittagsstisch** (Hausmannsloft) à 50 Pf. mit Bier. **Abendstisch** nach Belieben. **Billig und kräftig.** [989] **Nachlass-Auktion.** Donnerstag, den 18. März, 2 1/2 Uhr, sollen **Stalgerstr. 129** alte Möbel, eine Speichervinde u. andere Sachen versteigert werden. [1033]

Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie, Ziehung in Berlin **1.-4. Mai** **5000 Gew.** **Original-Loose à 1 Mk.** **unwiderruflich 1.-4. d. J.** **im Gesammtw. von 62 900 M.** **11 Loose 10 Mk.** empfiehlt und versendet, so lange der Vorrath reicht **General-Debit N.B. Marienburger und Ulmer Geld-Lotterie-Loose versende à 3 Mark 50 Pf. franco Liste.** **R. Schumacher, Berlin C., Königstr. 14a. II** Verantwortlicher Redakteur **H. Graubner** in Berlin. Druck und Verlag von **Wag. Gading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.